

Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Tobias Kitlinski, Martin Micheli, Torsten Schmidt, Simeon Vosen und Lina Zimmermann

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Feste Konjunktur in unsicherem Umfeld¹

Kurzfassung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Das BIP ist 2010 um 3,6% gewachsen – die höchste Rate seit der Wiedervereinigung. Wesentliche Impulse kamen aus dem Ausland, da sich an den dramatischen Einbruch des Welthandels im Jahr 2009 eine Phase seiner Normalisierung anschloss. Diese Impulse übertrugen sich auf die Inlandsnachfrage. Bei verbesserten Absatzaussichten nahm die Investitionsneigung der Unternehmen zu, und die günstigen Arbeitsmarktperspektiven stärkten den privaten Konsum. Gefördert wurde all dies durch das historisch niedrige Zinsniveau. Dieses trug dazu bei, dass die Wohnungsbauinvestitionen kräftig ausgeweitet wurden.

Allerdings hat das Aktivitätsniveau vielfach noch nicht den Stand vor Ausbruch der Finanzkrise erreicht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Situation am Arbeitsmarkt überraschend günstig dar. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bereits um mehr als 300 000 über dem Höchststand vor der Finanzkrise und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist auf den niedrigsten Stand seit 1992 gesunken. Ein Schatten auf den Aufschwung wirft der Preisanstieg: Im Februar betrug die Inflationsrate 2,0%, worin sich in erster Linie der Anstieg der Rohstoffpreise bemerkbar machte. Jedoch ist inzwischen auch ein Anziehen der Kerninflation festzustellen. So wie die niedrigen Zinsen der EZB derzeit den Aufschwung unterstützen, so begünstigt die expansive Geldpolitik die Teuerung.

Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaft gut in das neue Jahr gestartet ist. Für den weiteren Verlauf des Jahres erwarten wir ein robustes, wenngleich leicht nachlassendes Produktionswachstum. Nennenswerte Impulse kommen zunächst noch aus dem Ausland; sie werden indes geringer. Auch die Inlandsnachfrage verliert etwas an Tempo. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte – nachdem während der Finanzkrise aufgeschobene Investitionen nachgeholt wurden – eine Normalisierung eintreten. Kräftig expandieren wird insbesondere der Wohnungsbau, für den die Rahmenbedin-

¹ Abgeschlossen am 7.3.2011. Wir danken Fabian Schütze für die Mitarbeit. Den Kasten zur Zyklensklassifikation verfasste Heinz-Josef Münch. Kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen gaben Wim Kösters und Joachim Schmidt. Für technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

Die Konjunktur im Inland

gungen ausgesprochen günstig sind. Auch die privaten Konsumausgaben werden voraussichtlich mit deutlich höheren Raten wachsen als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Wir erwarten einen Zuwachs des BIP um 2,9% für dieses und um 2,4% für kommendes Jahr.

Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich dabei weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2011 voraussichtlich um knapp 500 000 und 2012 nochmals um fast die gleiche Zahl zunehmen. Die Arbeitslosenquote könnte damit deutlich unter 6% sinken. Dadurch wird es für die Unternehmen schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden, so dass die Effektivlöhne und damit auch die Lohnstückkosten zunehmen.

Belastend wirkt die weiter anziehende Inflation. Getrieben wird sie vorerst durch die Rohstoffpreise. Zudem dürften aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinden kommunale Gebühren und Abgaben weiter angehoben werden. Unter den hier getroffenen Annahmen eines konstanten Rohölpreises dürfte der Preisauftrieb seitens der Energieträger im Verlauf des Prognosezeitraums nachlassen. Allerdings steigt bei zunehmender Kapazitätsauslastung voraussichtlich auch die Kerninflation. Wir erwarten eine Inflationsrate von 2,5% für dieses und 2,4% für kommendes Jahr.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2011 bis 2012

	2010	2011 ^p	2012 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	3,6	2,9	2,4
Erwerbstätige ² , in 1000	40.483	40.980	41.435
Arbeitslose ³ , in 1000	3.244	2.875	2.465
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	7,7	6,8	5,9
Verbraucherpreise, Veränderung in %	1,1	2,5	2,4
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	-0,9	1,9	1,9
Finanzierungssaldo des Staates			
in Mrd.€	-82,0	-45	-17
in % des nominalen BIP	-3,3	-1,8	-0,6
Leistungsbilanzsaldo ⁶ , in Mrd.€	130	117	114

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

1. Überblick

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich unter diesen Rahmenbedingungen spürbar verbessern. Im vergangenen Jahr lag das Haushaltsdefizit mit 3,3% in Relation zum BIP zwar über dem Referenzwert des Maastrichter Vertrages. Es war aber bei weitem nicht so stark gestiegen wie vor einem Jahr prognostiziert. Die Defizitquote dürfte auf 1,8% bzw. 0,6% sinken. Für die Finanzpolitik sind die Rahmenbedingungen günstig, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter voranzutreiben und die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2016 sicherzustellen. Denn dies wird durch das Zukunftspaket nicht ganz erreicht.

Schwierig ist die Situation für die Geldpolitik. Die EZB orientiert sich an den Bedingungen im Euro-Raum insgesamt, in dem die Wirtschaft stark unterschiedlich wächst. Hinzu kommt, dass sich die Refinanzierungsbedingungen im Bankensektor zwar verbessert, aber immer noch nicht normalisiert haben. Die EZB hat die Märkte inzwischen auf einen baldigen Zinsschritt vorbereitet. Für das Ende des Prognosezeitraums erwarten wir einen Leitzins von 2,5%. Eine große wirtschaftspolitische Herausforderung ist die Zukunft des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Bei seiner Neugestaltung sollten die Verantwortlichkeit der einzelnen EWU-Länder für ihre Staatsfinanzen gestärkt und die Anreize für eine solide Haushaltsführung vergrößert werden.

1. Überblick

1.1. Aufschwung setzt sich fort

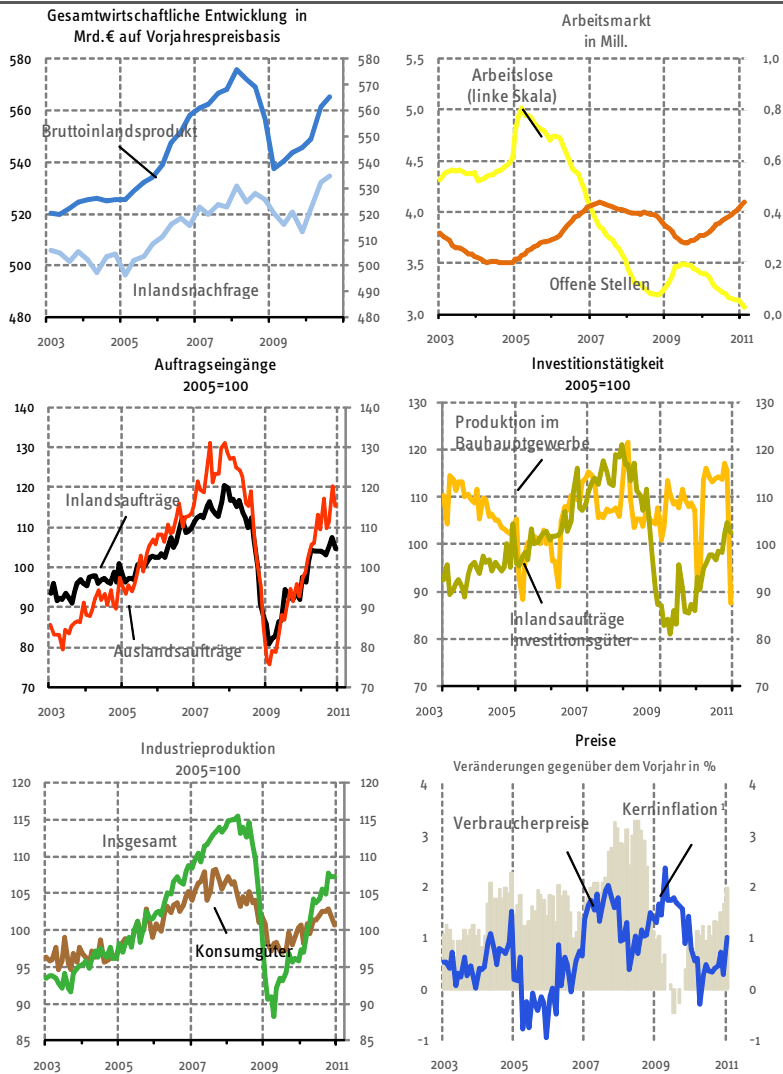
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung (Kasten 1). Das BIP ist 2010 um 3,6% gewachsen, das ist die höchste Rate seit der Wiedervereinigung. Dabei hat sich das Tempo in der zweiten Jahreshälfte erwartungsgemäß verlangsamt. Am geringsten war der Zuwachs im vierten Quartal, allerdings wohl wesentlich aufgrund des frühen Wintereinbruchs. In der Grundtendenz dürfte die Konjunktur immer noch recht kräftig aufwärtsgerichtet sein, worauf auch die ersten Indikatoren für das laufende Jahr hindeuten.

Wesentliche Impulse für die Expansion kamen aus dem Ausland. Dies ist insofern nicht überraschend, als sich an den dramatischen Einbruch des Welthandels im Jahr 2009 eine Phase seiner Normalisierung anschloss, während der die weltweite Nachfrage wieder rasch das Vorkrisenniveau erreichte. Dadurch lieferte die Außenwirtschaft bis zuletzt einen positiven Wachstumsbeitrag, und dies dürfte im Prognosezeitraum noch eine Zeitlang der Fall sein, schaut man auf die anhaltende Dynamik der Auslandsaufträge in der Industrie (Schaubild 1).

Expansion erhielt wesentliche Impulse aus dem Ausland

Die Konjunktur im Inland

Schaubild 1
Indikatoren der Konjunktur
 2003 bis 2011; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. - 1Ohne Energie, saisonabhängige Güter, Mieten und administrierte Preise.

1. Überblick

Kasten 1

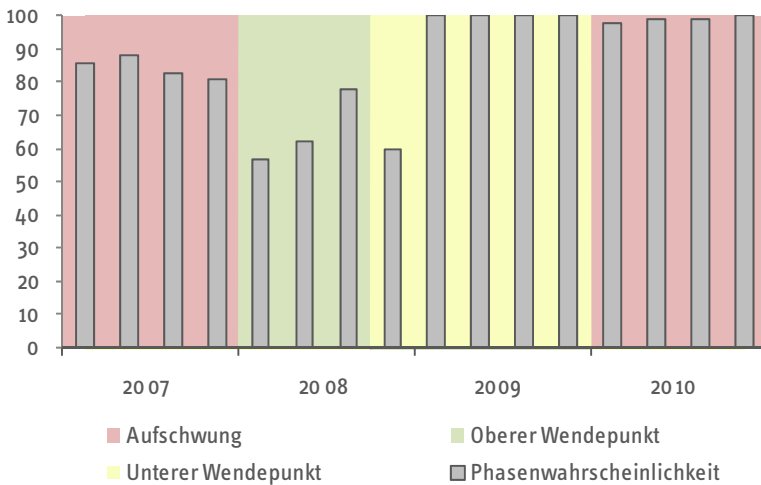
Zur Klassifikation der Jahre 2009 und 2010 in zyklischer Hinsicht

Das RWI publiziert regelmäßig Klassifikationen der Konjunktur in zyklischer Hinsicht. Dazu verwendet es ein multivariates Verfahren – die lineare Diskriminanzanalyse (LDA) – mit deren Hilfe jedes Quartal einer der vier Phasen Aufschwung, oberer Wendepunkt, Abschwung und unterer Wendepunkt zugeordnet wird (Heilemann, Münch 1999). Derzeit werden acht Klassifikatoren verwendet (Tabelle).

Vor einem Jahr hatten wir den Zeitraum vom vierten Quartal 2008 bis zum vierten Quartal 2009 vorläufig als Abschwungphase gekennzeichnet, wobei sich die Möglichkeit einer unteren Wendepunktphase für das vierte Quartal 2009 andeutete (Döhrn et al. 2010a: 43-44). Die LDA ist allerdings ein lernendes Verfahren, so dass im Lichte später anfallender Daten eine Klassifikation anders ausfallen kann, zumal auch die in die Berechnung eingehenden Daten teilweise revidiert werden. Aus heutiger Sicht begann im vierten Quartal 2008 bereits eine untere Wendepunktphase, die mit dem vierten Quartal 2009 endete.

Klassifikation der Jahre 2007 bis 2010 in zyklischer Hinsicht

Klassifizierte Phase und Phasenwahrscheinlichkeiten in %



Eigene Berechnungen

Diese Klassifikation ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Erstens fällt zum ersten Mal im Stützbereich des Verfahrens eine Phase – hier die Abschwungphase – aus. Zweitens sind an den Phasenübergängen, anders als in der Vergangenheit häufig beobachtet, keine Fehlklassifikationen zu beobachten, sondern die Phasenwahrscheinlichkeiten sind allesamt recht hoch. Lediglich bezüglich des vierten Quartals

Die Konjunktur im Inland

2008 verbleibt Unsicherheit, da die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um eine untere Wendepunktphase handelt, nur knapp 60% beträgt. Die folgenden Quartale werden bis zum vierten Quartal 2009 mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 100% als untere Wendepunktphase klassifiziert. Die Quartale des Jahres 2010 werden dann ebenfalls mit Wahrscheinlichkeiten von fast 100% als Aufschwungphase eingeordnet. Dieses Ergebnis ist bei heutigem Datenstand robust. Eine ex post-Prognose mit einer bis zum dritten Quartal 2008 geschätzten Diskriminanzfunktion ordnet alle Quartale außer dem vierten 2008 der aus heutiger Sicht richtigen Zyklusphase zu (Heilemann et al. 2010).

Die Berechnungen verdeutlichen die Besonderheit der jüngsten Rezession: Sie setzte plötzlich ein, abzulesen am Fehlen der Abschwungphase, und sie endete fast ebenso abrupt, was in den hohen Wahrscheinlichkeiten vor und nach dem Phasenübergang zum Ausdruck kommt. Dies mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass die Stärke des Aufschwungs 2010 von allen Prognostikern derart unterschätzt wurde: Der Aufschwung deutete sich allem Anschein nach in den vor einem Jahr zur Verfügung stehenden Daten noch nicht an.

Die zyklische Besonderheit der Jahre 2009 und 2010 wird auch sichtbar, wenn man die Werte der Klassifikatoren dieser Jahre mit den langfristigen Phasenmittelwerten vergleicht. Aufgrund des abrupten Einbruchs des Welthandels im zweiten Halbjahr 2008 sind die Ausrüstungsinvestitionen und das BIP in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gesunken. Ihre Werte für 2009 lagen weit unterhalb des Mittelwerts bisheriger unterer Wendepunkte. Die Zahl der Erwerbstätigen und die Lohnstückkosten entsprechen den Durchschnitten früherer unterer Wendepunkte, Preise und Zinssätze lagen darunter. Es spricht vieles dafür, dass der direkte Übergang vom oberen zum unteren Wendepunkt den Nachfragegrößen geschuldet ist. Im Jahr 2010 entsprechen die Werte der realwirtschaftlichen Klassifikatoren den Durchschnitten früherer Aufschwungphasen, während Zinsen, Preise und Lohnstückkosten niedriger sind.

Phasenmittelwerte der Klassifikationsvariablen¹ 1971 bis 2010

	Unterer Wende- punkt	Auf- schwung	Oberer Wende- punkt	Ab- schwung	2009	2010
Reales BIP	-0,47	2,60	4,05	1,05	-4,71	3,62
Reale Ausrüstungsinvestitionen	-5,48	6,55	7,41	-5,86	-22,57	10,48
Anteil des Außenbeitrags	3,31	3,37	3,42	0,87	4,85	5,14
Preisindex des BIP	3,85	1,86	2,58	4,49	1,38	0,6
Abhängig Erwerbstätige	-0,77	0,72	2,15	-0,25	0,06	0,57
Lohnstückkosten	4,39	0,89	2,32	5,37	5,2	-0,91
Nominaler Kurzfristzins	4,98	4,01	6,95	9,49	1,23	0,81
Realer Langfristzins	3,10	4,26	4,51	4,17	2,49	3,03

Eigene Berechnungen. – ¹Alle trendbehafteten Niveauvariablen wurden in Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr transformiert.

1. Überblick

Die Impulse aus dem Ausland übertrugen sich auf die Inlandsnachfrage. Mit sich verbessernden Absatzaussichten nahm die Investitionsneigung der Unternehmen zu, und die verbesserten Arbeitsmarktperspektiven sowie der Abbau der Kurzarbeit stärkten den privaten Konsum. Gefördert wurde der Aufschwung durch das historisch niedrige Zinsniveau, das auch dazu beitrug, dass die Wohnungsbauinvestitionen so kräftig ausgeweitet wurden wie nur in wenigen Jahren seit dem Wiedervereinigungsboom. Stützend auf die Bautätigkeit wirkte auch das 2009 verabschiedete Programm zur Stärkung kommunaler Investitionen, dessen Mittel allerdings erheblich langsamer abgerufen werden als von der Bundesregierung ursprünglich gedacht.

Trotz des kräftigen Aufschwungs hat die Aktivität in vielen Bereichen noch nicht den Stand vor Ausbruch der Finanzkrise erreicht. Dies gilt sowohl für das BIP und die Investitionstätigkeit als auch für die Industrieproduktion und die Auftragseingänge. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Situation am Arbeitsmarkt überraschend günstig dar. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bereits um mehr als 300 000 über dem Höchststand vor der Finanzkrise und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist auf den niedrigsten Stand seit 1992 gesunken. Zwar gingen auch in dieser Rezession Arbeitsplätze in der Industrie verloren, jedoch stieg die Beschäftigung im Dienstleistungssektor fast unverändert rasch. Da dort der Anteil von Teilzeitkräften und geringfügig Beschäftigten im Allgemeinen höher ist als in der Industrie, hat das Arbeitsvolumen den Vorkrisenstand erst knapp überschritten. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität immer noch geringer als vor der Rezession, so dass Spielräume für einen spannungsfreien Aufschwung bestehen.

Aktivität noch nicht auf Vorkrisenniveau

Ein Schatten auf den Aufschwung wirft der Preisanstieg: Im Februar betrug die Inflationsrate bereits 2,0%. In erster Linie machten sich darin zwar der Anstieg der Rohstoffpreise und die Erhöhungen administrierter Preise bemerkbar. Jedoch ist inzwischen auch ein Anziehen der Kerninflation festzustellen. So wie die niedrigen Zinsen der EZB derzeit den Aufschwung in Deutschland unterstützen, so begünstigt die expansive Geldpolitik allem Anschein nach bereits die Teuerung.

Inflation wirft Schatten auf den Aufschwung

1.2. Annahmen der Prognose

Unserer Prognose für 2011 und 2012 liegen folgende Annahmen zugrunde:

- ① Der Welthandel mit Waren wird 2011 um 7,5% und 2012 um 7,0% ausgeweitet.
- ① Der Preis für Rohöl (Brent) bleibt im Prognosezeitraum in etwa auf dem zuletzt erreichten Niveau von 115 \$/b.
- ① Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar beträgt 1,40 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

Die Konjunktur im Inland

- ii Die EZB wird – wie von ihr bereits angedeutet – in der ersten Jahreshälfte 2011 einen Zinsschritt vornehmen und den Leitzins ab zum Jahresende 2011 in mehreren Schritten auf 2,5% bis Jahresende 2012 anheben.
- ii Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet sein. Zum einen laufen verschiedene Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur aus, zum anderen werden die Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere des sogenannten Zukunftspakets wirksam. Alles in allem ist – gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2010 – mit einem restriktiven finanzpolitischen Impuls von 0,6% in diesem und 0,8% im kommenden Jahr zu rechnen.
- ii Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) werden um 2,1% (2011) bzw. um 3,0% (2012) steigen.

1.3. Anhaltendes Produktionswachstum bei höherer Inflation

Die ersten Wirtschaftsindikatoren für 2011 wie auch die Umfragen unter Unternehmen und Verbrauchern deuten darauf hin, dass die Wirtschaft gut in das neue Jahr gestartet ist. Im Vergleich zum vierten Quartal 2010 dürfte das BIP sogar etwas kräftiger als im Vorquartal expandieren, da winterbedingte Produktionsausfälle allem Anschein nach bereits wieder wettgemacht wurden. Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums erwarten wir ein robustes, wenngleich leicht nachlassendes Produktionswachstum. Wir prognostizieren einen Zuwachs des BIP um 2,9% in diesem und um 2,4% im kommenden Jahr (Schaubild 2).

Nennenswerte Impulse kommen zunächst noch von der Außenwirtschaft. Diese dürften bei schwächer wachsender Nachfrage insbesondere aus den Schwellenländern und gleichzeitig zunehmen deutschen Einfuhren im Lauf des Prognosezeitraums aber geringer. Auch die Inlandsnachfrage verliert etwas an Tempo, in erster Linie aufgrund einer Normalisierung der Ausrüstungsinvestitionen, die vorerst davon geprägt sind, dass während der Finanzkrise aufgeschobene Investitionen – 2009 war die Investitionstätigkeit um 22% eingebrochen – nachgeholt werden. Kräftig expandieren voraussichtlich die Bauinvestitionen, insbesondere der Wohnungsbau, für den die Rahmenbedingungen u.a. aufgrund niedriger Hypothekenzinsen ausgesprochen gut sind. Auch die privaten Konsumausgaben dürften mit Raten expandieren, die deutlich über dem Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts liegen (Tabelle 2).

Dazu trägt auch bei, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt wohl weiterhin verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 um knapp 500 000 und 2012 nochmals fast gleich zunehmen. Die Arbeitslosenquote könnte damit im Verlauf des Jahres 2012 unter 6% sinken, den niedrigsten Stand seit der

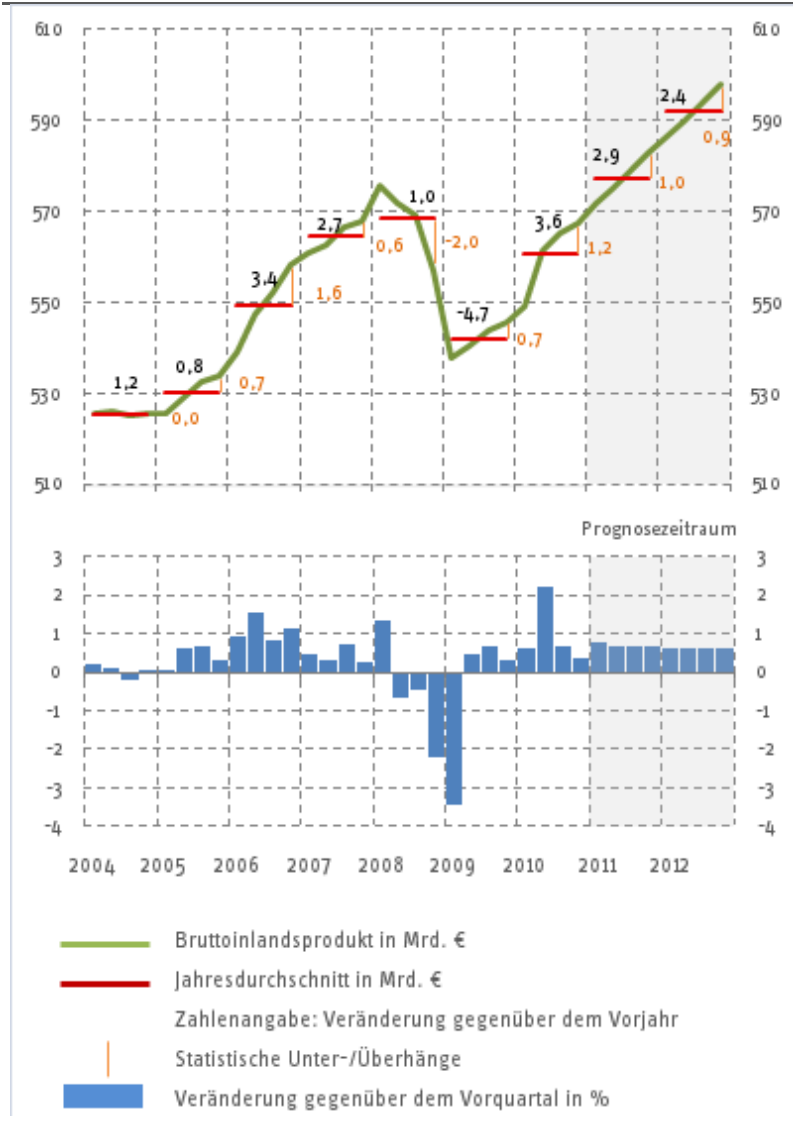
Wirtschaft gut
in das Jahr 2011
gestartet

1. Überblick

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2004 bis 2012; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

2009 bis 2011, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2010	2011 ^P	2012 ^P	2011		2012	
				1.Hj.	2.Hj. ^P	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹							
Konsumausgaben	0,9	1,3	1,3	1,5	1,2	1,4	1,2
Private Haushalte ²	0,4	1,4	1,3	1,7	1,2	1,5	1,2
Staat	2,3	1,1	1,3	1,1	1,1	1,3	1,3
Anlageinvestitionen	6,0	5,2	4,0	6,3	4,2	4,9	3,2
Ausrüstungen	10,9	9,6	5,4	12,5	7,2	7,4	3,7
Bauten	2,8	2,0	2,8	2,2	1,9	3,0	2,6
Sonstige	6,4	6,1	6,1	6,3	5,9	6,7	5,5
Vorratsveränderung ³	0,6	-0,1	0,0	-0,4	0,3	0,2	-0,1
Inlandsnachfrage	2,5	2,0	1,9	1,9	2,0	2,3	1,5
Außenbeitrag ³	1,3	1,0	0,5	1,6	0,4	0,4	0,7
Exporte	14,1	8,8	6,6	12,0	5,9	6,5	6,7
Importe	12,6	7,5	6,0	9,4	5,8	6,4	5,7
Bruttoinlandsprodukt	3,6	2,9	2,4	3,5	2,3	2,6	2,1
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,1	0,8	0,4	-0,1	0,6	1,0
Konsumausgaben ²	2,0	2,0	1,8	1,9	2,1	2,0	1,6
Einfuhr	4,9	6,5	2,2	6,8	6,4	3,1	1,4
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	2,8	4,5	4,2	4,8	4,3	4,2	4,2
Gewinne ⁴	13,4	0,2	1,5	0,1	0,4	1,9	1,1
Volkseinkommen	6,1	3,1	3,3	3,2	3,0	3,5	3,2
Abgaben ⁵ ./ Subventionen	1,6	5,2	3,6	4,9	5,4	3,4	3,8
Nettonationaleinkommen	5,5	3,3	3,4	3,4	3,3	3,5	3,3
Abschreibungen	-3,5	1,9	2,0	3,2	0,6	1,9	2,0
Bruttonationaleinkommen	4,2	3,1	3,2	3,4	2,9	3,2	3,1
Entstehung							
Erwerbstätige	0,5	1,2	1,1	1,2	1,3	1,3	0,9
Arbeitszeit	2,1	0,8	-0,5	1,8	-0,1	-0,2	-0,7
Arbeitsvolumen	2,6	2,0	0,6	3,0	1,1	1,0	0,2
Produktivität	1,0	0,8	1,7	0,5	1,1	1,5	1,9
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,6	2,9	2,4	3,5	2,3	2,6	2,1
nachrichtlich:							
Erwerbslose ⁶ , in 1000	2.930	2.571	2.203	2.789	2.353	2.392	2.014
Erwerbslosenquote, in %	6,8	5,9	5,1	6,4	5,4	5,5	4,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in %-Punkten - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ⁶In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). - ^PEigene Prognose.

Wiedervereinigung. Dadurch wird es aber für die Unternehmen schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden, so dass die Effektivlöhne stärker steigen dürften und damit auch die Lohnstückkosten zunehmen.

1. Überblick

Kasten 2

Die Prognose vom Frühjahr 2010 im Rückblick

In seiner Prognose vom Frühjahr vergangenen Jahres erwartete das RWI – wie viele andere Prognostiker zu diesem Zeitpunkt – eine deutlich schwächere Erholung der Wirtschaft als tatsächlich eingetreten ist. Erheblich unterschätzt wurde zunächst die Dynamik des Außenhandels. Zugrunde lag der damaligen Prognose die Annahme, der Welthandel werde um 8,5% ausgeweitet, tatsächlich waren es nach derzeitigem Rechenstand 13,5%. Da allerdings die Einfuhren stark durch die der Ausfuhren beeinflusst werden, waren die Prognosefehler bei Im- und Export ähnlich, so dass der prognostizierte Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags ziemlich dicht beim realisierten Wert lag. Die parallel zum Konjunkturbericht erstellte Prognose mit dem RWI-Konjunkturmodell, die stets zur Überprüfung der Plausibilität der Vorausschätzung erstellt wird, lag hier noch etwas dichter an den realisierten Werten.

Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2010

	Prognose März 2010		Ist ¹	Absoluter Prognosefehler	
	Kon- junkturb ericht	Kon- junkturm odell		Be- richt März 2010	Durch- schnitt 1991- 2009 ²
Privater Konsum	-0,3	-0,1	0,4	0,7	0,9
Staatskonsum	1,7	-1,7	2,3	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	0,7	1,5	6,0	5,3	2,6
Ausrüstungen	0,7	-1,8	10,9	10,2	3,7
Bauten	-0,5	4,0	2,8	3,3	2,6
Vorratsveränderung ³	0,3	0,4	0,6	0,3	0,4 ^a
Außenbeitrag ³	0,9	1,2	1,3	0,4	0,7
Exporte	7,6	9,3	14,1	6,5	2,6
Importe	6,1	7,4	12,6	6,5	2,6
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	3,6	2,2	0,7

Eigene Berechnungen – ¹Datenstand März 2011. – ²RWI-Konjunkturberichte vom März. – ³Wachstumsbeitrag – ^a1996-2010.

Aufgrund der unerwartet raschen Expansion des Welthandels verbesserten sich die Kapazitätsauslastung und die Stimmung der Unternehmen spürbar. Dies schlug sich in einer kräftigen Ausweitung der Investitionstätigkeit insbesondere der Unternehmen nieder, und zwar sowohl bei den Ausrüstungen als auch im Bau. Hier waren deutlich geringere Anstiege erwartet worden, obwohl wir bei Ersteren im Konjunkturbericht schon von der Prognose des Konjunkturmodells nach oben abgewichen waren. Ande-

Die Konjunktur im Inland

rerseits hatten wir die Wirkungen der Konjunkturprogramme auf den öffentlichen Bau überschätzt, so dass der Prognosefehler bei den Bauinvestitionen nur wenig größer war als der durchschnittliche Fehler der vergangenen Jahre. Die Fehler in der Einschätzung der privaten und der öffentlichen Konsumausgaben entsprechen etwa den langfristigen Durchschnitten.

Wir waren uns im März 2010 hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung unsicherer als sonst und hatten deshalb sowohl eine optimistische als auch eine pessimistische Variante der Prognose durchgerechnet. In dem oberen Szenario hatten wir eine Expansion des Welthandels um 11,5%, aber auch einen Anstieg des Ölpreises auf 90\$/b unterstellt; beide Annahmen kommen den realisierten Werten für 2010 deutlich näher als das Basisszenario. Allerdings waren wir dabei auch von einem schnelleren Schließen der Outputlücke im Euro-Raum sowie von ersten Zinsschritten der EZB bereits im Jahr 2010 ausgegangen. Diese optimistische Variante der Prognose liegt bei allen Aggregaten deutlich näher an den realisierten Werten. Jedoch wurde auch darin die Zunahme der Unternehmensinvestitionen erheblich unterschätzt.

Belastend wirkt die zunächst wohl weiter anziehende Inflation. Getrieben wird sie vorerst vor allem durch die Rohstoffpreise, da die Notierungen am Weltmarkt am aktuellen Rand weiter gestiegen sind. Hinzu kommt, dass aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinden kommunale Gebühren und Abgaben wohl weiter angehoben werden. Unter den hier getroffenen Annahmen zum Rohölpreis dürfte dann der Preisauftrieb seitens der Energieträger nachlassen. Allerdings steigt bei zunehmender Kapazitätsauslastung und aufgrund der für Deutschland sehr expansiven Geldpolitik der EZB die Kerninflation. Wir erwarten eine Inflationsrate von 2,5% in diesem und 2,4% im kommenden Jahr.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich unter diesen Rahmenbedingungen spürbar verbessern. Im vergangenen Jahr lag das Budgetdefizit des Staates mit 3,3% in Relation zum BIP zwar über dem Referenzwert des Maastrichter Vertrags. Gleichwohl verschlechterte sich der Budgetsaldo dank der unerwartet guten Konjunktur bei weitem nicht in dem vor einem Jahr erwarteten Maße (zum Rückblick auf die Prognose vom Frühjahr 2010 siehe Kasten 2). Bei anhaltend guter Konjunktur, aber auch aufgrund der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dürfte die Defizitquote auf 1,8% in diesem und 0,6% im kommenden Jahr sinken.

Lage der öffentlichen Haushalte bessert sich spürbar

1.4. Risiken

Der Produktion in Deutschland ist derzeit zwar sehr deutlich aufwärtsgerichtet. Jedoch sind die Risiken nach wie vor beträchtlich. So haben viele Länder des Euro-Raums die Finanzkrise und die durch sie ausgelöste Rezession noch nicht überwunden, insbesondere ist die Finanzkrise in einigen Ländern zu einer Staatsschulden-

1. Überblick

krise geworden. Kommt es zu neuen Störungen, ist nicht nur die Konjunktur im Euro-Raum gefährdet, dem wichtigsten Absatzmarkt für deutsche Waren, sondern auch der Bankensektor dürfte erhebliche Probleme bekommen. Auch deutsche Banken halten in größerem Umfang Staatspapiere der Peripherieländer des Euro-Raums, und bei einigen würde bei einem Zahlungsausfall die Eigenkapitalquote unter die Mindestanforderungen sinken (Blundell-Wigall, Slovik 2011: 18-19).

Gefährdet wäre der Aufschwung auch, käme es zu einer Beschleunigung der Inflation. Diese droht, weil die Geldpolitik der EZB gemessen an der konjunkturellen Lage in Deutschland sehr expansiv ausgerichtet ist, im Gegensatz zu den Jahren vor 2008. Sie kann der Realwirtschaft durchaus einen deutlich größeren Schub verleihen als hier prognostiziert. Dies ist ein Aufwärtsrisiko für die Prognose. Allerdings würde die kräftigere Expansion wahrscheinlich durch eine höhere Inflation erkauft. Liquidität ist aufgrund der expansiven Geldpolitik reichlich vorhanden. Gleichzeitig nähern sich die Kapazitäten der Vollaustattung und die Arbeitslosigkeit liegt vermutlich bereits dicht bei der Rate, bei deren Unterschreiten ein Druck auf die Preise zu erwarten ist. Dies ist eine Konstellation, aus der heraus es zu kräftigen Preissteigerungen und ihren negativen Nebenwirkungen kommen kann.

**Inflationsrisiken
sind gestiegen**

In den vergangenen Wochen hat sich zudem die Gefahr vergrößert, dass die Inflation durch einen weiteren kräftigen Anstieg des Rohölpreises zusätzlichen Auftrieb erhält. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent liegt mittlerweile bei 115 \$/b – ein Wert, der auch unserer Prognose zugrundeliegt. Die weitere Entwicklung des Ölpreises hängt wesentlich von der Lage in Nordafrika und im Nahen Osten ab, die sich nicht prognostizieren lässt. So ist gut möglich, dass sie sich schon bald stabilisiert und mit dem Rückgang der Risiken für die Ölversorgung die Notierungen sinken. Aber es besteht auch die Möglichkeit, dass die Lage eskaliert, verbunden mit der Gefahr des Übergreifens auf andere ölexportierende Länder, was zu einem drastischen Anstieg des Ölpreises führen dürfte.

**Politische Risiken
beim Rohölpreis**

Um die Folgen alternativer Entwicklungen des Rohölpreises abzuschätzen, haben wir Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt. In einer ersten Rechnung wird ein Anstieg des Preises auf 150 \$/b unterstellt. Da dieses Szenario die Folgen eines aus politischen Gründen knapperen Ölangebots zum Gegenstand hat, darf in den Rechnungen nicht allein der Ölpreis verändert werden, sondern man muss auch beachten, dass alle Länder den höheren Preis zu zahlen haben und daher dort die Wirtschaft gedämpft wird. Dies berücksichtigen wir, indem wir in der Simulation im ersten Jahr einen um 1,5%-Punkte und im zweiten einen um 0,8%-Punkte geringeren Zuwachs des Welthandels unterstellen. In einer zweiten Rech-

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 3
Einfluss alternativer Annahmen zum Ölpreis auf die Konjunktur
 Abweichungen von der Basislösung in %-Punkten

	Ölpreis 150 \$/b		Ölpreis 90 \$/b	
	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr
Arbeitsmarkt				
Erwerbstätige, in 1000	-174	-293	73	117
Erwerbstätige am Jahresende, in 1000	-255	-321	112	128
Verwendung, real				
Private Konsumausgaben	-1,7	-1,2	1,0	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	-1,6	-1,6	0,7	0,5
Ausrüstungen	-2,5	-1,1	1,1	-0,1
Bauten	-1,1	-2,1	0,6	1,0
Sonstige Anlagen	-0,2	-0,4	0,1	0,1
Vorratsveränderung ¹	-0,1	0,3	0,0	-0,2
Außenbeitrag ¹	0,6	0,5	-0,5	-0,2
Exporte	-1,2	-0,7	0,0	0,0
Importe	-2,8	-2,2	1,1	0,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,8	-0,3	0,3	0,1
Preise				
Private Konsumausgaben	1,0	0,7	-0,7	-0,4
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelt	-0,5	-0,5	0,2	0,2
Unternehmens-, Vermögenseinkommen	-6,1	0,7	3,5	-1
Volkseinkommen	-2,3	-0,2	1,3	-0,2
Bruttolöhne und -gehälter	-0,6	-0,5	0,2	0,2
Verfügbares Einkommen	-0,8	-0,6	0,4	0,2
Staat				
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	-5,2	-12,6	1,9	5,1

Eigene Berechnungen. Zu den Annahmen der Szenarien vgl. Text. – ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten.

nung haben wir angenommen, dass der Preis auf 90 \$/b zurückgeht, den Wert zu Beginn dieses Jahres. Alle Änderungen in den Vorgaben des Modells gelten ab dem ersten Quartal des ersten Jahres.

Tabelle 3 zeigt, dass das Szenario eines Ölpreises von 150 \$/b beträchtliche Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur hätte. Das Wirtschaftswachstum wäre im ersten Jahr um 0,8%-Punkte niedriger und im zweiten um nochmals 0,3%-Punkte. Dabei werden zwei Transmissionskanäle sichtbar. Zum einen steigen die Verbraucherpreise kräftig; der Deflator des privaten Konsums ist 1%-Punkt höher als in der Basislösung. Zum anderen sinken die Ausfuhren. Beides würde die Investitionstätigkeit spürbar beeinträchtigen. Da die Dämpfung der Binnenwirtschaft stärker

Fortgesetzte
 Verteuerung von
 Öl dämpft
 Konjunktur
 merklich

1. Überblick

ausfällt als die des Exports, verbessert sich der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags sogar, bei allerdings verschlechterter Leistungsbilanz. Bis Ende des zweiten Jahres gingen rund 320 000 Arbeitsplätze verloren.

Geht der Ölpreis von derzeit schon bald wieder 90 \$/b zurück, so stellen sich die Perspektiven der deutschen Wirtschaft deutlich günstiger dar als von uns prognostiziert. Im ersten Jahr würde das BIP um 0,3%-Punkte, im zweiten um 0,1%-Punkte stärker ausgeweitet als in der Basislösung. Der Preisauftrieb wäre deutlich schwächer, und es entstünden gut 120 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

2. Die Verwendungskomponenten

2.1. Außenhandel wächst langsamer

Nachdem die Ausfuhren im zweiten Quartal 2010 besonders kräftig gestiegen waren (7,6% gegen Vorquartal), verlangsamte sich ihr Anstieg erwartungsgemäß auf Raten von 2,5% bzw. 2,6% im dritten und vierten Quartal. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich eine kräftige Zunahme um 14,1%. Dadurch wurde der Einbruch von 2009 wettgemacht; die Ausfuhren erreichten Ende des Jahres wieder ihr Vorkrisenniveau.

Regional betrachtet lässt sich die rasche Erholung in erster Linie auf die Lieferungen in die asiatischen Schwellenländer zurückführen. Insbesondere der Anteil Chinas an den Exporten ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte zuletzt 5,6%. Im vergangenen Jahr nahmen die Ausfuhren dorthin deutlich zu (44,2%), sodass China auf dem besten Weg ist, nach Frankreich zweitwichtigster Handelspartner Deutschlands zu werden. Aber auch die Exporte in die USA trugen zur Erholung bei, stiegen sie doch um 20,1%. In den Euro-Ländern legte aufgrund der insgesamt zögerlichen Erholung die Nachfrage nach deutschen Produkten nur moderat zu. Besonders gefragt waren Investitionsgüter, bei denen deutsche Produzenten über eine große technologische Wettbewerbsfähigkeit verfügen (Kasten 3)

Exportwachstum
von asiatischen
Schwellenländern
getrieben

Auch die Expansion der Einfuhren verlangsamte sich in der zweiten Jahreshälfte nach einem starken ersten Halbjahr. Im dritten Quartal nahmen sie um 2,4% zu, im vierten lediglich um 0,9%. Dabei wurden vor allem Vorleistungs- und Investitionsgüter importiert, während die Einfuhr von Konsumgütern etwas schwächer zulegte. Insgesamt erhöhten sich die Importe 2010 um 12,6%, sodass der Außenbeitrag für das vergangene Jahr einen Wachstumsbeitrag von 1,3% lieferte und damit erneut einen wichtigen Beitrag zur Erholung der deutschen Wirtschaft leistete.

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 4

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2006 bis 2012; in %-Punkten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ^p	2012 ^p
Inlandsnachfrage	2,3	1,2	1,1	-1,8	2,4	1,9	1,8
Konsumausgaben	1,0	0,2	0,8	0,4	0,7	1,0	1,0
Private Haushalte	0,8	-0,1	0,4	-0,1	0,2	0,8	0,8
Staat	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	1,4	0,9	0,5	-1,9	1,1	0,9	0,7
Ausrüstungen	0,8	0,8	0,3	-1,8	0,7	0,7	0,4
Bauten	0,4	0,0	0,1	-0,1	0,3	0,2	0,3
Sonstige	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,1	0,1	-0,2	-0,3	0,6	-0,1	0,0
Außenbeitrag	1,1	1,5	-0,1	-2,9	1,3	1,0	0,5
Exporte	5,4	3,5	1,2	-6,8	5,8	4,0	3,3
Importe	-4,3	-2,0	-1,3	3,9	-4,5	3,0	2,7
BIP²	3,4	2,7	1,0	-4,7	3,6	2,9	2,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Lundberg-Komponente berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. – ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^pEigene Prognose.

Für das laufende Jahr erwarten wir, dass der Außenhandel im Verlauf geringer wachsen wird. Die Wirtschaftspolitik sowohl in Deutschland als auch – wie im internationalen Teil des Berichts ausgeführt – in anderen Ländern wird aufgrund der fiskalischen Konsolidierung und steigender Inflationsprobleme restriktiver. Hinzu kommt, dass sich die Aufholeffekte weiter abschwächen. Für den Jahresdurchschnitt 2010 rechnen wir mit einem Wachstum der Exporte um 8,8% und der Importe um 7,5%, sodass der Außenbeitrag einen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 1,0%-Punkte liefern dürfte. Für 2012 erwarten wir eine Zunahme der Ausfuhren von 6,6% und der Einfuhren von 6,0%, wobei im Jahresverlauf sich die Expansion etwas verstärken dürfte. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP dürfte dann 0,5%-Punkte betragen (Tabelle 4).

Die *terms of trade* haben sich im vergangenen Jahr verschlechtert. Nachdem die Einfuhrpreise bereits im ersten Halbjahr recht kräftig gestiegen waren, legten sie im zweiten Halbjahr abermals zu und erreichten Ende des Jahres bereits den Höchststand von Mitte 2008. Dieser starke Anstieg wurde vor allem von der Verteuerung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln getrieben. In der zweiten Jahreshälfte konnten zwar auch die Exporteure höhere Preise durchsetzen, sie stiegen aber bei weitem nicht so stark wie die Einfuhrpreise. Insgesamt nahmen die Importpreise

Wachstums-
Beitrag der
Außenwirtschaft
verringert sich

2. Die Verwendungskomponenten

Kasten 3

Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die deutschen Exporte

Deutschland wird im Zuge der Diskussion über die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euro-Raum häufig vorgeworfen, dass diese wesentlich durch die deutsche Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre hervorgerufen sei, die einerseits die Exporte fördere, andererseits die Binnennachfrage schwäche. Dieser Vorwurf könnte suggerieren, dass deutsche Produzenten überwiegend arbeitsintensive Güter herstellen und exportieren. Denn hier sind Lohnkosten entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings sind die deutschen Exportgüter zum überwiegenden Teil kapital- oder technologieintensiv. Bei solchen Waren sollte der Einfluss der Löhne auf die Wettbewerbsfähigkeit deutlich geringer ausfallen, zumal die führenden Exportsektoren eher überdurchschnittliche Löhne zahlen.

Ordnet man die Ausfuhren gemäß einer Klassifikation Güter nach ihrem Technologiegehalt von Legler/Frietsch (2006), so bestehen die deutschen Ausfuhren zu mehr als 50% aus technologieintensiven Gütern. In Deutschland ist deren Bedeutung damit höher als in den anderen Ländern des Euro-Raums, insbesondere in denen mit hohen Handelsbilanzdefiziten. Zuletzt waren sie sogar höher als in den USA, wo der Anteil technologieintensiver Güter gesunken ist. Japan hingegen weist noch höhere Werte als Deutschland auf, es ist ebenfalls ein Land mit Leistungsbilanzüberschüssen. Besonders erfolgreich sind deutsche Unternehmen bei der gehobenen Technologie, während es im Bereich der Spitzentechnologie eher eine Mittelposition einnimmt (Döhrn et al. 2009).

Bedeutung forschungsintensiver Güter für den Warenexport

1995 bis 2009; Anteil in %

	1995	2000	2005	2009
Deutschland	49,5	53,6	55,7	51,0
Frankreich	45,6	50,1	49,0	46,9
Italien	34,4	36,2	34,1	34,1
Spanien	43,8	45,7	45,2	42,4
UK	49,6	51,0	49,6	46,9
Japan	68,7	70,5	67,4	59,2
USA	54,3	58,9	57,4	46,3

Eigene Berechnungen nach Angaben der UN. Zur Abgrenzung und zur Datenbasis vgl. Döhrn et al 2009

Die so dokumentierte Bedeutung des Technologiefaktors lässt Zweifel daran aufkommen, dass der Exporterfolg Deutschlands allein durch die Lohnzurückhaltung zu erklären ist. Vielmehr dürften auch die Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) und die durch sie angestoßenen Produkt- und Prozessinnovationen dazu beigetragen haben. So zeigen verschiedene empirische Studien (Hall, Mairesse 1995, Ortega-Argilés et al. 2008), dass sich FuE-Aktivitäten positiv auf die Produktivität sowie auf das Produktivitätswachstum eines Unternehmens auswirken. Eine hohe Produktivität ist wiederum ein entscheidender Faktor dafür, ob Unternehmen im Ex-

Die Konjunktur im Inland

port aktiv werden. Aufgrund hoher Markteintrittskosten dürften nur die effizientesten Unternehmen exportieren (Delgado, Farinas et al. 2002).

Zudem stellen die Investitionen in FuE selbst sunk cost dar. Um diese schnell amortisieren zu können, auch weil ein Patentschutz nur zeitlich begrenzt gewährt wird, ist ein großer Absatzmarkt von Vorteil, sodass es nur als „natürlich“ erscheint, dass innovative Unternehmen sich stark auf dem Weltmarkt engagieren. Czarnitzky/Wastyn (2010) können jedenfalls zeigen, dass Innovationen eine treibende Kraft für die Exportaktivität kleiner offener Volkswirtschaften darstellen. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene findet die EU-Kommission (2010) einen positiven Einfluss der FuE-Intensität (FuE-Ausgaben in Relation zum BIP) auf die Gesamtexporte der Euro-Raum-Mitglieder.

Allerdings dürfen bei der Analyse des Zusammenhangs von Innovation und Exportaktivität mögliche Endogenitätsprobleme nicht vernachlässigt werden. Zum einen gilt der beschriebene Zusammenhang, zum anderen dürften exportierende Unternehmen aufgrund des höheren internationalen Wettbewerbs auch verstärkt darauf bedacht sein, ihre Produkte und Prozesse zu verbessern und daher mehr in FuE investieren (Lachenmaier, Wößmann 2006). Dieses Verhalten könnte technologische Vorsprünge allerdings zementieren.

Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitgliedsländer zum Ziel gesetzt und in diesem Zusammenhang einen Anteil von FuE von 3% am BIP als Ziel definiert. Dadurch soll die technologische Leistungsfähigkeit gefördert werden, die in den einzelnen Ländern des Euro-Raums unterschiedlich ausgeprägt ist, was sich auch in den Leistungsbilanzsalden niederschlagen dürfte. Da Innovationsprozesse Zeit benötigen, dürften die Länder mit einer höheren technologischen Leistungsfähigkeit noch eine Zeitlang über Vorteile verfügen. Schon allein deshalb dürften sich Handelsungleichgewichte nur langsam abbauen. Hinzu kommt, dass aufgrund von Markteintrittskosten exportstarke Unternehmen selbst bei geänderten relativen Kosten bestrebt sein werden, Märkte zunächst zu halten.

um 4,9% und die Exportpreise um 2,7% zu. Für das Jahr 2011 erwarten wir, dass die Einfuhrpreise aufgrund steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise weiter stärker zulegen werden als die Ausfuhrpreise, sodass sich die *terms of trade* erneut verschlechtern werden. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte sich dadurch leicht zurückbilden.

2.2. Ausrüstungsinvestitionen weiter aufwärtsgerichtet

Im vergangenen Jahr sind die Investitionen in Ausrüstungen im Jahresdurchschnitt um rund 11% gestiegen, womit etwa die Hälfte des tiefen Einbruchs des Jahres 2009 aufgeholt wurde. Anscheinend tätigten viele Unternehmen nun Investitionen, die sie während der Finanzkrise zurückgestellt hatten. Zudem wollten viele Unternehmen wohl die zum Jahresende auslaufende Möglichkeit der degressiven Abschreibung

Leistungsbilanz-
überschuss
bildet sich
zurück

2. Die Verwendungskomponenten

nutzen. Allerdings waren die Zuwächse im Verlauf des Jahres recht gleichmäßig, womit es diesmal anscheinend nicht zu dem in der Vergangenheit häufig beobachteten *sunset effekt* kam, also hohen Investitionen kurz vor Toresschluss. Im Gegenteil schwächte sich der Zuwachs im letzten Quartal sogar etwas ab.²

Allerdings dürfte dies keine Trendwende andeuten. Denn schon während des vergangenen Jahres hatte die Kapazitätsauslastung zugenommen und entspricht mittlerweile dem langjährigen Durchschnitt. Sie dürfte weiter steigen, so dass die Erweiterung der Kapazitäten vordringlich wird. Dazu passt, dass die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland weiter nach oben weisen. Insbesondere der Maschinenbau konnte in den letzten Monaten des vergangenen Jahres deutlich mehr Aufträge verbuchen.

Die Finanzierungsbedingungen stellen immer weniger ein Hemmnis für die Investitionstätigkeit dar. Viele Unternehmen haben im vergangenen Jahr höhere Gewinne erwirtschaftet, so dass die Finanzierung aus eigenen Mitteln leichter fällt und die Kreditwürdigkeit gestiegen ist. Zudem haben die Banken die Kreditbedingungen wieder gelockert, und die Zinsen sind aufgrund der expansiven Geldpolitik vergleichsweise niedrig. So ist es auch nicht überraschend, dass die Nachfrage nach Krediten für Anlageinvestitionen zuletzt deutlich zugenommen hat (EZB 2011).

Verbesserte
Finanzierungs-
bedingungen

Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit weiter aufwärtsgerichtet bleiben und Ende 2012 das Vorkrisenniveau erreicht haben. In diesem Jahr lassen Nachholeffekte nochmals einen recht kräftigen Zuwachs um 9,6% erwarten. Im Jahr 2012 dürften sich die laufenden Raten wieder normalisieren. Dank der weiter steigenden Kapazitätsauslastung und guter Absatzerwartungen wird aber mit 5,4% wohl nochmals ein deutliches Plus erreicht werden.

2.3. Günstige Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau

Die Bauinvestitionen wurden im vergangenen Jahr um knapp 3% ausgeweitet. Allerdings wies allein das zweite Quartal eine positive Vorquartalsrate auf, weil widrige Witterungsverhältnisse die Bautätigkeit sowohl im ersten als auch im vierten Quartal behindert haben. Besonders betroffen war der öffentliche Bau.

Die Investitionen im **Wohnungsbau** legten im vergangenen Jahr um 4,3% zu, eine Rate, die seit dem Ende des Wiedervereinigungsbooms 1995 nur einmal übertroffen worden war. Sie zeigten vor allem zu Beginn des Jahres deutlich nach oben. Gegen Ende des Jahres wurden auch sie durch den frühen Wintereinbruch gebremst.

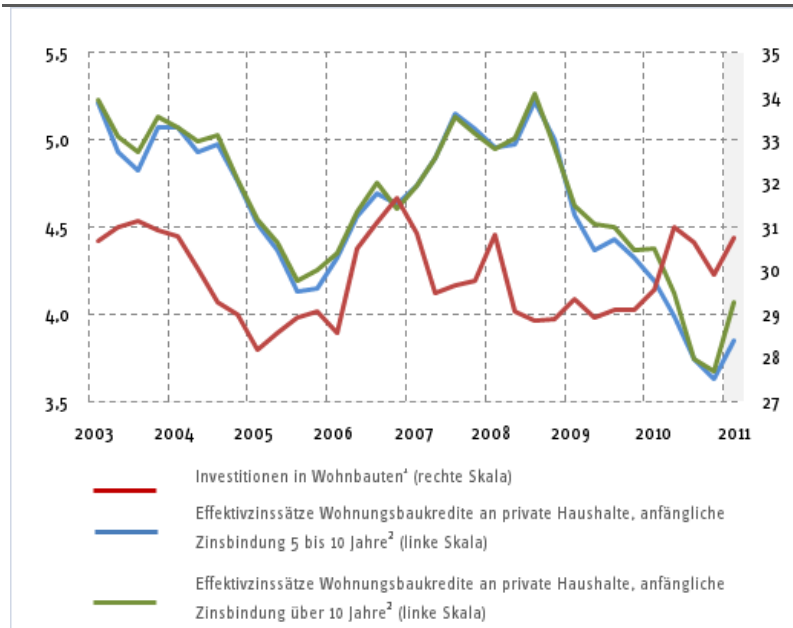
² Allerdings deutet das starke Wachstum der Inlandsumsätze im Investitionsgütergewerbe im vierten Quartal darauf hin, dass die Ausrüstungsinvestitionen nach oben revidiert werden könnten.

Die Konjunktur im Inland

Niedriger
Hypothekenzins
stimuliert
Wohnungsbau

Allerdings stiegen Auftragseingänge und die Baugenehmigungen in den vergangenen Monaten wieder, was auf ein Anhalten der Dynamik hindeutet. Insbesondere die äußerst niedrigen Hypothekenzinsen dürften dafür verantwortlich sein (Schaubild 3). Daneben begünstigen der robuste Arbeitsmarkt und steigende Einkommen die Bautätigkeit. Auch das im März dieses Jahres wieder eingeführte KfW-Programm zur Förderung der energetischen Sanierung dürfte sich positiv auswirken. Schließlich ziehen nach einer langen Phase der Stagnation die Immobilienpreise wieder an, was die Renditeerwartungen verbessert (Kasten 4). Alles in allem sind die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau so günstig wie seit mehreren Jahren nicht mehr. Wir erwarten vor diesem Hintergrund deutliche Zuwächse um 3,6% in diesem und 3,8% im kommenden Jahr.

Schaubild 3
Zinssätze für Hypothekarkredite und Wohnungsbauinvestitionen
2003 bis 2011



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. – ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf. Erstes Quartal 2011 aktueller Prognosewert. – ²Für erstes Quartal 2011 Januarwert.

2. Die Verwendungskomponenten

Kasten 4

Immobilienpreise ziehen deutlich an

Die Ereignisse in den USA, Spanien und Irland während der Finanz- und Wirtschaftskrise haben nicht zuletzt gezeigt, welche verheerende Auswirkungen Verwerfungen am Immobilienmarkt haben können. Dies macht es unabdingbar, die Immobilienpreise in die gesamtwirtschaftliche Analyse mit einzubeziehen. Allerdings scheiterte eine eingehendere Beobachtung des deutschen Immobilienmarktes bislang an unzureichenden Daten. Die vorhandenen Immobilienpreisindizes betrachten zudem meistens lediglich die nationale Ebene. Die Erfahrungen aus den USA zeigen aber, dass sich die regionalen Märkte sehr deutlich unterscheiden können. Um diese Unterschiede beobachten zu können, hat das RWI in Kooperation mit Immobilienscout24 unter dem Namen IMX eine Vielzahl nationaler und regionaler Immobilienpreisindizes für verschiedene Immobilientypen entwickelt. Diese basieren auf Internetdaten und erlauben aufgrund ihrer breiten Datengrundlage eine Echtzeitanalyse der Immobilienpreise auf Monatsbasis.

Kern des Index bildet die Schätzung einer hedonischen Preisfunktion der Form:

$$\ln p_{it} = \beta_0 + \sum_{j=1}^K \beta_j X_{jit} + \sum_{t=2}^T \tau_t D_t + \varepsilon_{it}$$

mit der zu erklärenden Variable $\ln p_{i,t}$, dem logarithmierten Angebotspreis der Immobilie i zum Zeitpunkt t .³ X_{it} ist ein Vektor aus j erklärenden Charakteristika der Immobilie i zum Zeitpunkt t und ε_{it} ein unabhängig identisch verteilter Fehlerterm mit Mittelwert Null. Durch Schätzung dieser Preisfunktion können die heterogenen Immobilien hinsichtlich ihrer Eigenschaften vergleichbar gemacht werden. Die zu schätzenden Parameter β_j können als Preise der Objekteigenschaften X_{ij} interpretiert werden. Für regionale Preisunterschiede wird mittels eines ortsspezifischen fixen Effektes auf Bezirks- bzw. Gemeindeebene kontrolliert, Zeiteffekte werden analog durch die Dummyvariablen D_t berücksichtigt. Die Gleichung wird sowohl für Gesamtdeutschland als auch für fünf Großstädte jeweils separat für vier unterschiedliche Immobilientypen geschätzt; für Häuser und Wohnungen mit den jeweiligen Unterkategorien Bestands- und Neubauimmobilien. Als gewichteter Mittelwert dieser vier Einzelindizes wird ein Gesamtindex erstellt, der die Preisentwicklung am Immobilienmarkt insgesamt besser veranschaulicht (vgl. Abbildung).⁴ Der Schätzzeitraum beginnt jeweils 2007. Die Immobilienpreisindizes können aus den geschätzten Koeffizienten $\hat{\tau}_t$ der Zeitdummies berechnet werden, welche die um Qualitätsunterschiede bereinigte Preisentwicklung wiedergeben.

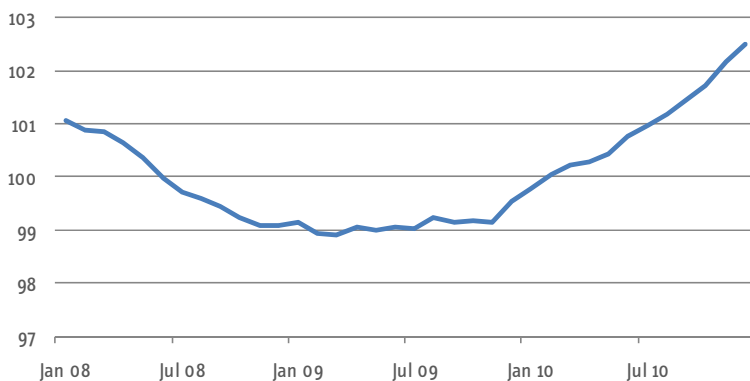
³ Für Häuser wird der Preis, für Wohnungen der Quadratmeterpreis als Regressand verwendet.

⁴ Die Gewichte der Immobilientypen ergeben sich aus den Anteilen der jeweiligen Beobachtungszahlen an der Gesamtzahl der Beobachtungen im Jahr 2007.

Die Konjunktur im Inland

Index der Immobilienpreise in Deutschland

2008 bis 2011: Jahresdurchschnitt 2008 = 100



Eigene Berechnungen. Zusammenfassung der vier Subindizes des IMX-Index.

Die so berechneten Immobilienpreisindizes weisen für Gesamtdeutschland aktuell deutliche Preisanstiege aus, nachdem die Preise während der Wirtschaftskrise unter Druck geraten waren.⁵ Im Durchschnitt des Jahres 2010 verteuerten sich Immobilien um 1,9%, so dass die Phase rückläufiger und stagnierender Preise wohl vorüber ist. Neubauten waren hiervon am stärksten betroffen: Wohnungen verteuerten sich um 3,7%, Häuser um rund 3%. Deutlich moderater war die Entwicklung bei Bestandsimmobilien (Wohnungen +1,9%, Häuser 1,0%).

Insgesamt weist der IMX auf ähnliche Tendenzen hin wie andere Preisindizes für Deutschland. Auch die Deutsche Bundesbank (2011) findet für Neubauten deutlichere Preissteigerungen als für Bestandsimmobilien, und für Wohnungen stärkere als für Häuser. Die monatlichen Indizes des Verbands Deutscher Pfandbriefbanken (vdp) sowie der Hypoport AG weisen ebenfalls in eine ähnliche Richtung.⁶ Vorteil des IMX gegenüber diesen ist, dass er aufgrund der breiten Datenbasis kaum erratische Schwankungen aufweist und frühzeitig verlässliche Ergebnisse liefert. So zeigt er, dass sich der Preisanstieg bis zuletzt verstärkt hat, was auch für 2011 steigende Preise erwarten lässt.

Eine regionale Untergliederung verdeutlicht, dass insbesondere in Ballungszentren die Preise gestiegen sind. So verteuerten sich in Berlin Wohnungen im Bestands- und

⁵ Im Bestandsbereich gingen 2009 die Preis für Häuser um 2% und für Wohnungen um 1% zurück.

⁶ Der Preisindex des vdp weist einen Anstieg von 0,7% für Häuser und 0,2% für Wohnungen aus. Der Immobilienpreisindex der Hypoport AG steigt im Durchschnitt um 2,2%, wobei die Preise neugebauter Häuser mit 2,8% deutlich stärker stiegen als die des Häuserbestandes (1,2%) und Wohnimmobilien sich mit 2,3% überproportional verteuerten.

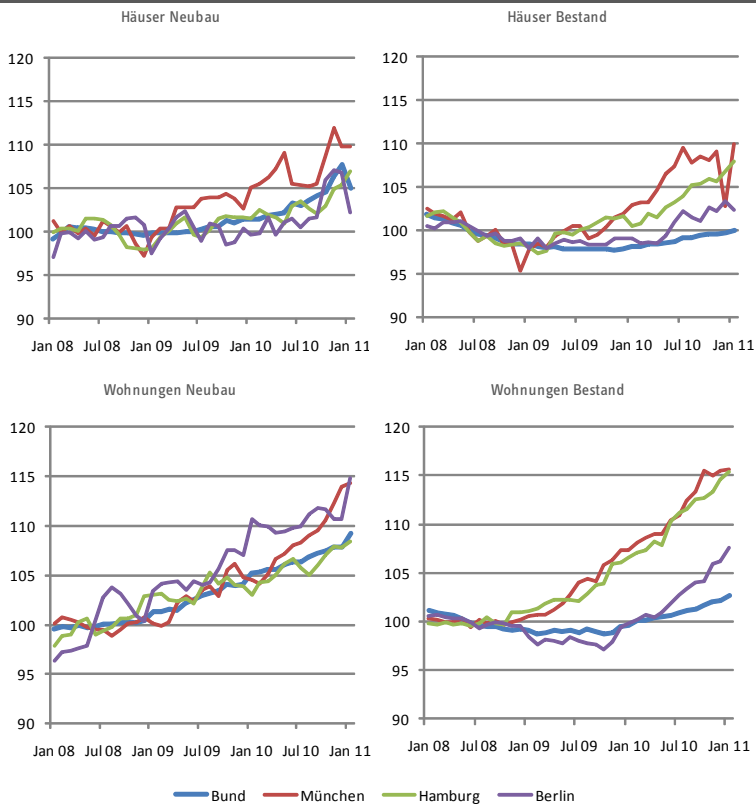
2. Die Verwendungskomponenten

im Neubausegment um rund 5%, in Hamburg und München im Bestand sogar um über 7%. Ein differenzierteres Bild zeigt sich bei den Preisen des Hausbestandes. Während sie in Berlin nur um 2,1% stiegen, waren es in Hamburg 3,8% und in München sogar 6,4%. Im Neubausegment war der Preisanstieg in Berlin ähnlich im Bestandsbereich, in München und Hamburg war er deutlich niedriger.

Von der Preisentwicklung der vergangenen Monate dürften positive Anreize auf die Bautätigkeit in den kommenden Monaten ausgehen. Dies lässt sich an den zuletzt gestiegenen Baugenehmigungen für Wohnbauten ablesen.

Immobilienpreisindizes in deutschen Ballungsräumen

2008 bis 2011: Jahresdurchschnitt 2008 = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben von Immobilienscout24.

Die Konjunktur im Inland

Die Investitionen im **Wirtschaftsbau** erholten sich im vergangenen Jahr von dem Einbruch und legten um knapp 2% zu. Allerdings deuten rückläufige Auftragseingänge und Baugenehmigungen auf ein Nachlassen hin. Positiv wirken dürften allerdings die weiter steigende Kapazitätsauslastung und die kräftigere Binnennachfrage, die wohl auch die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien zunehmen lassen wird. Daher erwarten wir für den Prognosezeitraum eine Zunahme der Investitionstätigkeit im Wirtschaftsbau um 0,2% bzw. 2,0%.

Beim **öffentlichen Bau** kam es nach dem deutlichen Zuwachs im Jahr 2009 im abgelaufenen Jahr zu einem leichten Rückgang (-1,1%). Zwar ist dieser zum Teil dadurch zu erklären, dass zu Beginn und gegen Ende des Jahres auf vielen Baustellen witterungsbedingt die Arbeit ruhte. Aber auch die Baugenehmigungen und Auftragseingänge sind seit mehreren Quartalen rückläufig. Vor dem Hintergrund der 2009 beschlossenen Konjunkturpakete, die zusätzliche Mittel für öffentliche Investitionen von 17,3 Mrd. € vorsahen – was gut 60% der durchschnittlichen jährlichen staatlichen Bauinvestitionen im Zeitraum 2000 bis 2008 entspricht –, überrascht der Rückgang allerdings. Zum Teil ist er darauf zurückzuführen, dass das Investitionsprogramm nur schleppend umgesetzt wurde. Zudem wurde weniger streng als geplant auf die Zusätzlichkeit der Projekte geachtet. Insbesondere die Kommunen dürften aufgrund ihrer angespannten Finanzlage versucht haben, Programmmittel für ohnehin geplante Projekte zu nutzen. Für den Prognosezeitraum ist zu erwarten, dass die noch nicht abgerufenen Mittel aus dem Investitionsprogramm (8,1 Mrd. €) noch in Bauprojekte fließen. Allerdings bleibt die Finanzlage der Kommunen angespannt und drückt deren Investitionstätigkeit. Alles in allem erwarten wir einen Rückgang um 0,8% in diesem Jahr und um 0,4% im kommenden, wobei sich allerdings im Jahresverlauf zu einer leichten Belebung kommen könnte, da die Kommunen wieder über mehr freie Mittel verfügen dürften.

Insgesamt ergibt sich so für die Bauinvestitionen in diesem Jahr ein Zuwachs um 2,0% und im nächsten Jahr um 2,8%. Die Preise dürften weiter leicht zunehmen.

2.4. Privater Konsum expandiert kräftig

Die privaten Konsumausgaben sind 2010 kontinuierlich gestiegen. Trotz eines erheblichen statistischen Unterhangs aus 2009 (0,5%-Punkte) ergab sich für den Jahresdurchschnitt ein Plus von 0,4%. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die gute Arbeitsmarktlage, die sich in einem außerordentlich kräftigen Anstieg der Nettoeallöhne um rund 3% niederschlug.⁷ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen,

⁷ Zur Berechnung der realen Größen wird hier der Deflator des privaten Konsums herangezogen.

2. Die Verwendungskomponenten

dass diese im Jahr 2009 gesunken waren, weil viele Unternehmen die Arbeitszeit reduziert hatten. Reale Zuwächse verzeichneten auch die Kapitaleinkommen und staatlichen Transfers, die um 0,6% bzw. 0,3% zulegen. Allerdings stieg die Sparquote, was wahrscheinlich auch auf die wegen der Abwrackprämie in das Jahr 2009 vorgezogene Fahrzeugkäufe zurückzuführen ist. Deutlich vermindert wurde die ausgewiesene Wachstumsrate des realen privaten Konsums 2010 durch den ungewöhnlich starken Anstieg des Konsumdeflators.⁸ Gekauft haben die Haushalte vor allem Einrichtungsgegenstände sowie, auch bedingt durch die kalte Witterung zu Beginn und am Ende des Jahres, Bekleidung und Schuhe. Die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung waren hingegen deutlich niedriger als im Vorjahr; auch dies lässt sich überwiegend mit der Abwrackprämie erklären.

Im Prognosezeitraum dürfte der Konsum etwa im gleichen Tempo expandieren wie im vergangenen Jahr. Bei robuster Konjunktur und der erwarteten weiteren Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt gehen wir von merklichen Einkommenssteigerungen aus. Allerdings wird die Kaufkraft durch die anziehende Inflation belastet. Zudem wurden zum 1. Januar 2011 die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung (von 14,9 auf 15,5%) und der Arbeitslosenversicherung (von 2,8 auf 3%) erhöht. Die Nettoeallöhne dürften in diesem Jahr um etwa 1,1% und im nächsten Jahr um 1,5% zulegen. Bei den Kapitaleinkommen ist in diesem Jahr ein realer Anstieg um 0,9% zu erwarten, im kommenden Jahr dürften die Kapitaleinkommen aber nur noch schwach, um 0,2% zulegen. Zwar ist wieder vermehrt mit Dividendenzahlungen zu rechnen; die Zinseinkommen dürften jedoch weiter rückläufig sein, da angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus die durchschnittliche Verzinsung von Wertpapieren weiter sinken dürfte. Die Einkommen aus staatlichen Transferzahlungen dürften deutlich hinter dem Preisanstieg zurückbleiben und real um 1,9% in diesem und nochmals um 1,3% im nächsten Jahr sinken. Dies liegt zum einen daran, dass die Renten den Nominallohnen mit einem Jahr Verzögerung und mit einem Abschlag versehen folgen. Zum anderen geht bei weiter rückläufiger Arbeitslosigkeit die Zahl der Transferempfänger voraussichtlich zurück. Hinzu kommen Belastungen durch das Sparpaket der Bundesregierung (Abschnitt 5). Die Sparquote dürfte bei steigenden Vermögens- und Verbraucherpreisen und sinkenden Realzinsen leicht zurückgehen. Alles in allem erwarten wir einen Zuwachs des privaten Konsums von 1,4% in diesem und 1,3% im nächsten Jahr.

Nettoeallöhne
nehmen zu

⁸ Dieser stieg um 2%, während der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum nur um 1,1% zulegte. Üblicherweise entwickelt sich der Deflator etwas schwächer als der Verbraucherpreis. Ausschlaggebend hierfür war ein außergewöhnlich starker Anstieg der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen (Financial Intermediation Services Indirectly Measured, FISIM). Vgl. hierzu Döhrn et al. (2010: 51).

Die Konjunktur im Inland

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1. Produktion bleibt aufwärtsgerichtet

Die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöhte sich im Jahr 2010 kräftig um 3,6%. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe und hier wiederum vor allem die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten konnten kräftig zulegen, da die Nachfrage nach ihren Produkten weltweit wieder zunahm. Die Bauproduktion wurde vor allem von der kalten Witterung zu Beginn und Ende des Jahres gedämpft, aber trotzdem im Jahresdurchschnitt leicht ausgeweitet. Dabei wirkte vor allem der Hochbau stützend. Von der günstigen Industriekonjunktur profitierten auch die Unternehmensdienstleister, insbesondere das Transportwesen. Aber auch die konsumnahen Dienstleister konnten Zuwächse verzeichnen. Durch das kräftige Produktionswachstum konnte ein großer Teil des Einbruchs des Jahres 2009 aufgeholt werden. Dennoch liegt das BIP immer noch rund 1,5% unter dem Vorkrisenniveau.

Für das Jahr 2011 liegen erst wenige harte Fakten zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Die Stahlproduktion nahm im Januar deutlich zu, die Mautstatistik des Bundesamtes für Güterverkehr weist für Januar saisonbereinigt kräftig steigende Fahrleistungen aus. Auch die im letzten Quartal 2010 um fast 3% gestiegenen Auftragseingänge in der Industrie lassen eine Fortsetzung des Aufschwungs erwarten, insbesondere die Investitionsgüterproduzenten wie der Maschinenbau verzeichneten deutliche Zuwächse. Hinzu kommen die günstigen Konjunkturmfragen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das erste Quartal 2011 eine Zunahme des BIP um etwa 0,8%, zumal Aufholeffekte wegen der kalten Witterung im Baugewerbe wahrscheinlich sind.⁹

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte die Produktion aufwärtsgerichtet bleiben. Die industrielle Erzeugung nimmt wohl weiter zu, wenn auch nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr. Davon dürften die Unternehmensdienstleister mitgezogen werden. Mit der anhaltenden Expansion des privaten Konsums werden voraussichtlich sowohl die Konsumgüterproduzenten als auch die konsumnahen Dienstleister stärker als bisher zulegen. Die Bauproduktion wird vor allem vom Hochbau getragen, während der zu erwartende Rückgang im öffentlichen Bau die Bauproduktion insgesamt dämpfen dürfte. Alles in allem erwarten wir einen Zuwachs des BIP in diesem Jahr von 2,9%.

⁹ Die aktuelle Schnellschätzung des RWI (Döhrn et al. 2010b: 55-57) zeigt für das erste Quartal 2011 einen Anstieg des BIP um 0,4%. Allerdings dürften die eingesetzten Modelle die witterungsbedingten Verschiebungen, insbesondere bei der Bauproduktion nicht zutreffend erfassen, da zu diesem Bereich noch keine Daten für den Januar vorlagen. Daher gehen wir von einem stärkeren Zuwachs aus.

BIP dürfte im
ersten Quartal
2011 um 0,8%
wachsen

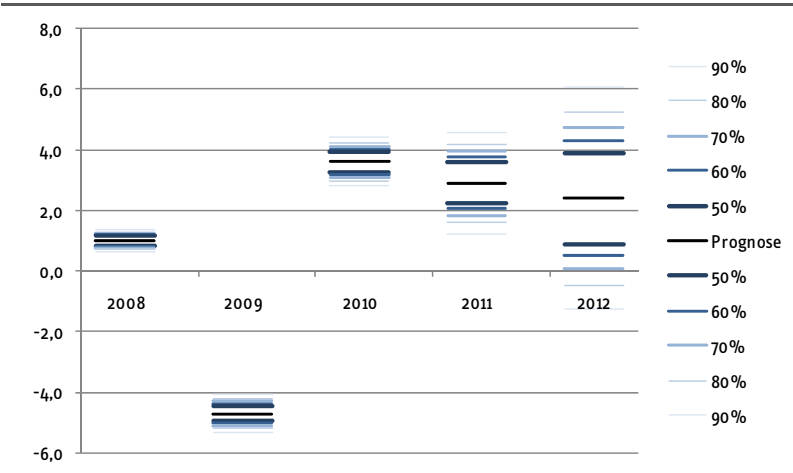
3. Produktion und Arbeitsmarkt

Im nächsten Jahr dürfte der Aufschwung zwar an Fahrt verlieren, die Produktion aber weiter zunehmen. Mit dem Anziehen der Binnennachfrage und den geringeren Wachstumsbeiträgen vom Außenhandel werden die Dienstleistungssektoren wohl etwas stärker expandieren als die Industrie. Die Bautätigkeit dürfte moderat aufwärtsgerichtet bleiben, da nun auch die Kommunen aufgrund der verbesserten Finanzlage wieder vermehrt Aufträge erteilen. Insgesamt erwarten wir, dass das BIP im nächsten Jahr um etwa 2,4% zunehmen dürfte, kalenderbereinigt um 2,6%

Prognosen sind naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet, die das RWI seit einigen Jahren durch Prognoseintervalle veranschaulicht, die aus den Prognosefehlern der Vergangenheit abgeleitet werden. Für 2011 ergibt sich für die BIP-Prognose ein 80%-Intervall, das von 4,2 bis 1,6% reicht; für 2012 liegt es zwischen 5,3 und -0,5, deckt also einen sehr weiten Bereich ab, was unmittelbare Konsequenzen der Fehlprognosen im Vorfeld der jüngsten Rezession und des nachfolgenden Aufschwungs ist.¹⁰ (Schaubild 4).

Erhöhte
Prognose-
unsicherheit
nach Finanz-
krise

Schaubild 4
Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45. Döhrn et al (2010a): 60-61 und Fußnote 10.

¹⁰ Die Prognoseintervalle werden aus den Prognosefehlern der Jahre 1991 bis 2010 abgeleitet. Aufgrund der großen Fehler der beiden Jahre letzten Jahre dürften die ermittelten Fehlerstreuungen die „wahre“ Fehlerstreuung tendenziell überschätzen. Daher wurden die Fehlerstreuungen mittels bootstrapping geschätzt.

Die Konjunktur im Inland

3.2. Aufschwung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich 2010 durchweg verbessert. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte war ein regelrechter Boom zu beobachten, so dass die Beschäftigung bereits zur Jahresmitte wieder deutlich über ihrem Vorkrisenniveau lag. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf um knapp 420 000, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sogar um 550 000. Dabei nahm insbesondere die Zahl der Zeitarbeiter deutlich zu. Sie übertraf im Dezember den Vorjahreswert um 190 000, so dass rund ein Drittel des Beschäftigungsanstiegs auf diese Gruppe entfiel. Daneben entstanden rund 115 000 neue Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialwesen. Aber auch in dem von der Rezession besonders stark betroffenen Verarbeitenden Gewerbe ist die Beschäftigung wieder deutlich gestiegen. Bemerkenswert ist, dass etwa 60% des Beschäftigungsaufbaus in Form von Vollzeitstellen stattfand. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) stagnierte hingegen. Die Kurzarbeit ging wie erwartet kontinuierlich zurück und spielt derzeit nur noch eine untergeordnete Rolle. In Verbindung mit einem erneuten Aufbau von Arbeitszeitkonten erhöhte dies die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 2,1%. Insgesamt stieg das Arbeitsvolumen um 2,6%.

Hoher Zuwachs bei der Zeitarbeit

Die Arbeitslosigkeit war 2010 rückläufig, allerdings blieb das Minus mit 265 000 Personen im Jahresverlauf erheblich hinter dem Anstieg der Erwerbstätigkeit zurück. Dies ist insofern ungewöhnlich, da die Demografie das Arbeitsangebot für sich genommen deutlich reduzierte.¹¹ Dies spricht dafür, dass der Beschäftigungsaufbau verstärkt aus der Stillen Reserve gespeist wurde. Naheliegender wäre in diesem Zusammenhang zum einen, dass angesichts des Fachkräftemangels die Erwerbsbeteiligung älterer Personen gestiegen ist. Zum anderen könnte der Stellenaufbau im Gesundheits- und Sozialbereich die Erwerbsbeteiligung der Frauen erhöht haben. Denkbar ist auch, dass es infolge der im europäischen Vergleich günstigen Lage am Arbeitsmarkt (Döhrn und Vosen 2010: 16) zu einer verstärkten Arbeitsmigration nach Deutschland kam. Der Pendlersaldo blieb allerdings auf das Jahr gesehen fast unverändert.

Beschäftigungszuwachs kommt wesentlich aus Stiller Reserve

Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage ist umso höher zu bewerten, als gleichzeitig die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen rückläufig war. Entsprechend sank die Zahl der Unterbeschäftigten, die neben der Zahl der registrierten Arbeitslosen auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ohne Kurzarbeit) enthält, deutlich stärker als die registrierte Arbeitslosigkeit. Sie lag im Dezember um 400 000 unter ihrem Vorjahreswert (Tabelle 5).

¹¹ Das IAB (2010: 10) schätzt den demographischen Effekt auf das Erwerbspersonenpotenzial für die Jahre 2010 und 2011 auf jeweils knapp 200 000.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2006 bis 2012; Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ^P	2012 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55.862	56.789	57.450	55.985	57.433	58.600	58.970
Erwerbstätige Inländer	38.996	39.651	40.216	40.171	40.368	40.850	41.280
Selbständige	4.391	4.436	4.433	4.409	4.416	4.445	4.485
darunter:							
Förderung der Selbständigkeit ¹	300	237	180	145	154	150	145
Arbeitnehmer	34.605	35.215	35.783	35.762	35.952	36.405	36.795
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig							
Beschäftigte	26.366	26.942	27.510	27.493	27.756	28.265	28.685
Ausschließlich geringfügig							
Beschäftigte	4.819	4.861	4.866	4.904	4.890	4.960	4.995
Unterbeschäftigte							
(ohne Kurzarbeiter)		4.963	4.324	4.514	4.377	3.880	3.705
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	4.487	3.777	3.268	3.423	3.244	2.875	2.465
Aktivierung und berufliche							
Eingliederung				132	223	180	185
Berufliche Weiterbildung	146	136	171	216	207	205	205
"Ein-Euro-Jobs"	328	323	315	322	308	230	170
Gründungszuschuss	16	92	123	126	144	140	140
Kurzarbeiter	67	68	101	1.147	515	205	70
Unterbeschäftigte (einschl.							
Kurzarbeiter ²		4.999	4.370	4.835	4.546	3.945	3.745
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	10,8	9,0	7,8	8,2	7,7	6,8	5,9
Erwerbslosenquote ⁴	9,8	8,3	7,2	7,4	6,8	5,9	5,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Zahlreiche Frühindikatoren lassen eine Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus erwarten. Die Zahl der gemeldeten Stellen ist ausgehend von einem hohen Niveau bis zuletzt gestiegen, und auch die Beschäftigung in Zeitarbeitsunternehmen nimmt weiter zu. Gleichzeitig geht die Zahl der nicht als arbeitslos gemeldeten Arbeitssuchenden unverändert zurück. Der DIHK-Umfrage vom Jahresbeginn 2011 zufolge hat sich der Anteil der Unternehmen, die eine Ausweitung ihrer Belegschaft planen, gegenüber der Umfrage vom Herbst 2010 nochmals erhöht, während der Anteil der Unternehmen, die Stellenstreichungen planen, gesunken ist. In vielen Branchen – insbesondere in der Industrie – erreichte die Einstellungsbereitschaft zuletzt Rekordwerte. Einzig im Bausektor überwiegen derzeit noch Unternehmen, die einen

Indikatoren sprechen für Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus

Die Konjunktur im Inland

Beschäftigungsabbau planen, aber auch hier stellt sich die Lage nicht mehr so negativ dar wie in der vorhergehenden Umfrage.

Angesichts des erwarteten anhaltenden Produktionsanstiegs dürfte sich der Aufschwung am Arbeitsmarkt im gesamten Prognosezeitraum fortsetzen. Allerdings dürfte sein Tempo nachlassen, zum einen weil die gesamtwirtschaftliche Erholung wohl schwächer wird, zum anderen weil die Arbeitskosten den Beschäftigungsaufbau ab Mitte 2011 nicht mehr fördern dürften (Abschnitt 4.1). Insgesamt prognostizieren wir einen jahresdurchschnittlichen Anstieg des Arbeitsvolumens um 2% für 2011 und 0,6% für 2012. Die durchschnittliche Arbeitszeit dürfte im Prognosezeitraum bei steigender Teilzeitquote und bereits gefüllten Arbeitszeitkonten wieder dem langfristigen Trend entsprechend sinken (Döhrn, Vosen 2010: 21). Eine Ausnahme bildet das erste Quartal 2010, da es Ende 2009 witterungsbedingt einen Rückgang gab. In Folge eines statistischen Überhangs ergibt sich für dieses Jahr allerdings ein Plus von 0,8%, für 2012 ist von einem Rückgang um 0,5% auszugehen.

Durchschnittliche
Arbeitszeit
dürfte weiter
sinken

Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Zahl der erwerbstätigen Inländer um 515 000 im Verlauf dieses Jahres und um nochmals 365 000 im nächsten Jahr. Jahresdurchschnittlich entspricht dies einem Plus von 1,2% bzw. 1,1% (Schaubild 5). Wie stark sich die Ausweitung der Erwerbstätigkeit auch in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlägt, dürfte in diesem Jahr wesentlich durch Sondereffekte beeinflusst werden: das Aussetzen der Wehrpflicht ab März, dem Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen für eine Reihe osteuropäischer EU-Ländern ab Mai und den doppelten Abiturjahrgängen in Bayern und Niedersachsen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfte in erster Linie den Pendlersaldo erhöhen, also die Differenz zwischen den Erwerbstätigen im Inland und den erwerbstätigen Inländern. Es ist aber auch mit einer erhöhten Zuwanderung aus diesen Staaten zu rechnen.¹² Die beiden anderen Sondereffekte erhöhen direkt das Erwerbspersonenpotenzial. Dieses dürfte auch dadurch steigen, da bei anhaltend günstigen Beschäftigungsperspektiven eine weitere Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern zu erwarten ist. Der demographische Wandel wird hingegen für sich genommen das Erwerbspersonenpotenzial weiter reduzieren. Wie all dies

Erwerbsperso-
nenpotenzial
steigt durch
Freizügigkeit
für neue EU-
Länder

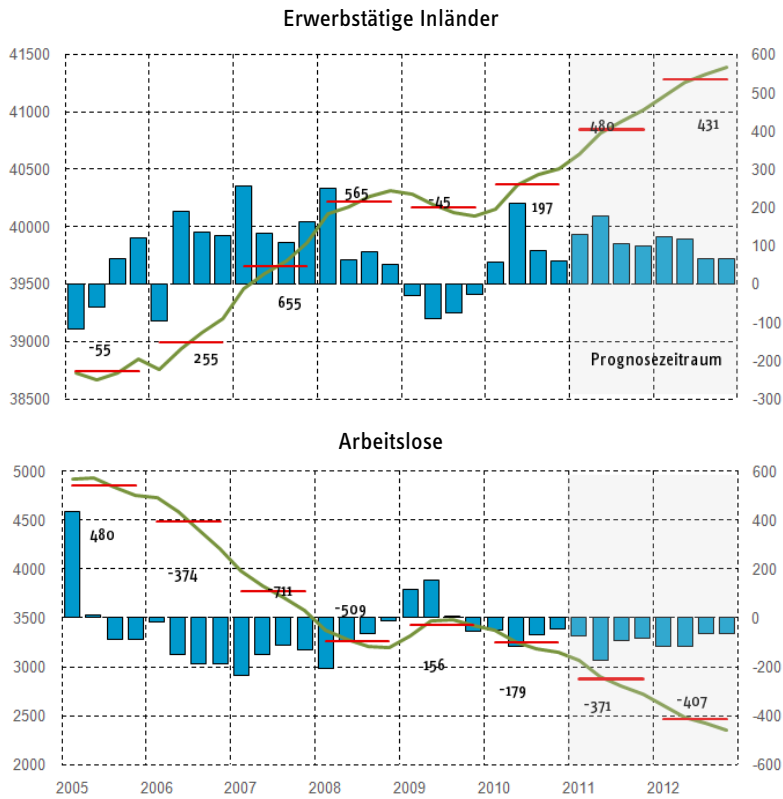
¹² Unter der Annahme, dass 60% der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in die EU-15 wie 2000 auf Deutschland entfielen, würde die Zuwanderung nach Schätzungen von Baas/Brückner (2010) 134 000 Personen pro Jahr ausmachen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass ein erheblicher Teil dieser Personen bereits heute als Pendler in Deutschland erwerbstätig ist.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Schaubild 5

Erwerbstätige und Arbeitslose

2005 bis 2012, saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

das Arbeitsangebot beeinflusst, lässt sich kaum abschätzen. Wir unterstellen hier, dass sich das Erwerbspersonenpotenzial 2011 um 40 000 erhöhen und 2012 unverändert bleiben wird. Der prognostizierte Rückgang der Arbeitslosigkeit wird daher in der zweiten Hälfte dieses Jahres leicht hinter dem Anstieg der Erwerbstätigkeit zurückbleiben. Insgesamt erwarten wir einen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 460 000 im Verlauf des Jahres 2011 und um 365 000 im Jahr 2012. Damit dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,8 bzw. 5,9% im Jahresdurchschnitt sinken.

Die Konjunktur im Inland

4. Löhne und Preise

4.1. Tariflohnanstieg beschleunigt sich leicht

Die tariflichen Stundenlöhne erhöhten sich 2010 trotz der guten Konjunktur vergleichsweise moderat um 1,5%. Ausschlaggebend hierfür war, dass viele Tarifverträge während oder kurz nach der Wirtschaftskrise ausgehandelt worden waren, als eine derart rasche Erholung noch nicht absehbar war. So wurden etwa in der Metall- sowie in der chemischen Industrie und im Bankgewerbe für 2010 bei unveränderten Grundvergütungen lediglich Einmalzahlungen vereinbart. Die effektiven Stundenlöhne stagnierten sogar auf Vorjahresniveau; die Lohndrift auf Stundenbasis war somit deutlich negativ.¹³ Da zugleich die Stundenproduktivität im Aufschwung deutlich zunahm (+1%), gingen die realen Lohnstückkosten auf Stundenbasis um durchschnittlich 1,5% zurück, was zur positiven Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben dürfte. Gleichwohl reflektiert dieser Rückgang in erster Linie die Rückkehr zur Normalauslastung in den Betrieben, denn 2009 waren die realen Lohnstückkosten noch um 3,8% gestiegen.

Die seit rund zehn Jahren zu beobachtende Tendenz zu längeren Tariflaufzeiten setzte sich fort. In den meisten Branchen liegen bereits Tarifabschlüsse für 2011 vor, in einigen sogar für 2012. Für die in diesem und im nächsten Jahr noch anstehenden Tarifverhandlungen kann man davon ausgehen, dass sie angesichts der günstigen Auftrags- und Arbeitsmarktsituation wieder zu höheren Abschlüssen führen.¹⁴ Alles in allem ist ein etwas kräftigerer Anstieg der tariflichen Stundenlöhne um 2,1% in diesem und 3,0% im kommenden Jahr erwarten. Die Gewinne dürften in vielen Branchen deutlicher steigen als zum Zeitpunkt der Verhandlungen absehbar war. Es ist daher verstärkt mit übertariflichen Zahlungen auf betrieblicher Ebene zu rechnen, um die Arbeitnehmer an Erholung teilhaben zu lassen.¹⁵ Dies dürfte die Lohndrift ebenso erhöhen wie die zu erwartende Zunahme der geleisteten Überstunden. Andererseits dürften allerdings auch wieder Arbeitszeitkonten aufgebaut werden, was die Lohndrift für sich genommen senken wird. Per saldo rechnen wir

¹³ Ursächlich hierfür war allerdings ein Basiseffekt. So war es im Krisenjahr 2009 aufgrund des Abbaus von Arbeitszeitkonten und durch tarifliche Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zu einer stark positiven Lohndrift gekommen (Döhrn et al. 2010: 63; Bach, Spitznagel 2009). 2010 drehte sich dieser Effekt entsprechend um. In früheren Rezessionen hatte sich die Lohndrift hingegen prozyklisch bewegt.

¹⁴ Schätzungen zufolge liegt die Arbeitslosenquote derzeit deutlich unter der NAIRU, was den Lohnauftrieb verstärken könnte (Kajuth 2010).

¹⁵ In der Metall- und Elektroindustrie haben beispielsweise viele Unternehmen von der im Tarifvertrag vereinbarten Option Gebrauch gemacht, die für den April dieses Jahres vorgesehene Lohnerhöhung um 2,7% in den Februar vorzuziehen.

4. Löhne und Preise

für den Prognosezeitraum mit einer positiven Lohndrift und prognostizieren einen Anstieg der Effektivlöhne um 2,2% in diesem Jahr und um 3,6% im kommenden. Die realen Lohnkosten dürften damit wieder etwas stärker zulegen als die Produktivität, so dass ein Anstieg der realen Lohnstückkosten um 1,8% in 2011 und um 1% in 2012 zu erwarten ist. Damit dürften die Arbeitskosten den Beschäftigungsanstieg bremsen.

4.2. Teuerung beschleunigt sich

In den vergangenen Monaten verstärkte sich die Teuerung. Bis zur Mitte vergangenen Jahres lag die Inflationsrate bei durchschnittlich 1,1%, seitdem stiegen die Lebenshaltungskosten deutlich schneller. Im Januar und im Februar 2011 erhöhten sich die Verbraucherpreise um jeweils 2% gegenüber dem Vorjahr, so dass die Inflation hierzulande erstmals seit Oktober 2008 nicht mehr unter 2%, dem Zielwert der EZB für die Inflation im Euro-Raum liegt. Für den Anstieg waren in erster Linie deutliche Preiserhöhungen in für vergleichsweise wenige Güter verantwortlich, getrieben durch die kräftige Verteuerung vieler Rohstoffe. Die Inflation wird somit bislang maßgeblich von exogenen Faktoren beeinflusst, während der binnenwirtschaftliche Preisauftrieb derzeit noch moderat ist.

Inflation wesentlich durch Rohstoffe bestimmt ...

Beschleunigt gestiegen sind allerdings bereits die administrierten Preise, und dies dürfte sich fortsetzen. Aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage haben viele Kommunen bereits ihre Abgaben und die Preise für Dienstleistungen angehoben, und sie dürften dies weiterhin tun. Auch hat der Bund im Rahmen seines Konsolidierungspakets einzelne Steuern angehoben und weitere angekündigt. So wurde zum Jahresanfang 2011 eine Luftverkehrsabgabe eingeführt, die Tabaksteuer wird in mehreren Stufen erhöht, und eine Brennelementesteuer ist angekündigt.

Darüber hinausgehende endogene Preisauftriebskräfte, die die Kerninflation antreiben, sind aktuell noch schwach, da die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten noch unterausgelastet sind. Allerdings dürfte im Verlauf des Prognosezeitraums die Kapazitätsauslastung steigen und so die bessere Konjunktur vermehrt zu Preisanstiegen führen. Dies dürfte Deutschland rascher treffen als seine europäischen Nachbarn, da die einheitliche Geldpolitik der EZB aufgrund der guten Konjunktur hierzulande expansiv wirken dürfte. Daraus dürfte eine Erhöhung der Kerninflation folgen, zumal die Lage am Arbeitsmarkt vergleichsweise gut ist. Allerdings wird die Beschleunigung der Kerninflation durch eine nachlassende Teuerung bei Energie- und Nahrungsmittelpreisen überlagert, so dass die Inflationsrate insgesamt im Verlauf des Prognosezeitraums nur noch leicht steigen dürfte, gegen Ende sogar leicht sinken dürfte (Schaubild 6). Alles in allem rechnen wir für 2011 mit einer Inflationsrate von 2,5% und für 2012 mit einer von 2,4%.

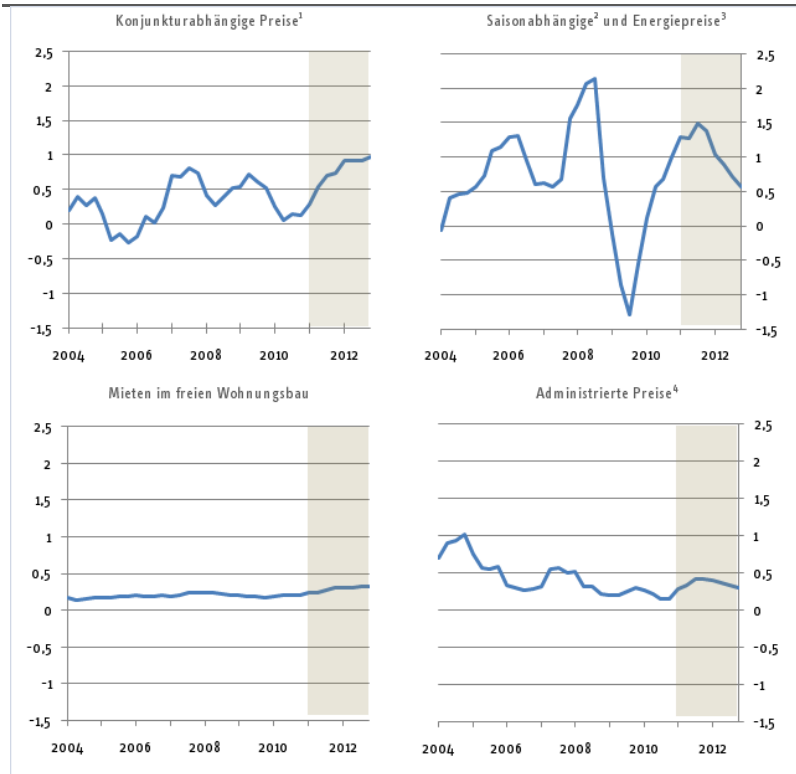
... aber Kerninflation dürfte sich verstärken

Die Konjunktur im Inland

Schaubild 6

Beitrag der Preiskomponenten zur Teuerung der Lebenshaltung

2004 bis 2012; in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Zahlen ab dem 1. Quartal 2011 Schätzungen des RWI. - ¹Preise für Bekleidung, Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte sowie andere Waren und Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Gruppierungen enthalten. - ²Preise für Nahrungsmittel, Getränke (ohne Spirituosen) und für Blumen. - ³Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe. - ⁴Mieten im sozialen Wohnungsbau, Medikamente, Dienstleistungen der Ärzte und Krankenhäuser, Tarife für öffentliche Verkehrsleistungen (außer Bahn- und Flugreisen), Brief- und Paketbeförderung der Post, Pkw-Gebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Preise für Theater, Bäder, Volkshochschulen, Kindergärten und sonstige kommunale Gebühren, Preise für Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung an freiwillige Beitragszahler sowie Preise für Tabakwaren und Spirituosen.

5. Öffentliche Finanzen

5. Defizitabbau kommt rasch voran

Die Lage der öffentlichen Haushalte hatte sich infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 deutlich verschlechtert. Zum einen verabschiedete die Bundesregierung zwei Konjunkturpakete, zum anderen führten die im Steuer- und Transfersystem eingebauten automatischen Stabilisatoren zu beträchtlichen Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie zu arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben. Das Budgetdefizit stieg 2010 von 72,7 auf 82 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 3,0 auf – bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen – 3,5%, nachdem 2008 noch ein leichter Überschuss erzielt worden war (Tabelle 7). Die Schuldenstandsquote dürfte sogar um mehr als 10%-Punkte in die Höhe geschossen sein und mit 84% einen neuen Höchststand erreicht haben.¹⁶

Budgetdefizit
konjunkturbe-
dingt gestiegen

In den Jahren 2011 und 2012 wird sich die Lage voraussichtlich merklich entspannen. Die Finanzpolitik ist inzwischen auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt und der Staat profitiert überdies vom Aufschwung.

Die zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2016 notwendige Konsolidierung geht die Bundesregierung mit dem sog. Zukunftspaket an. Darin wurden diskretionäre Maßnahmen beschlossen, die das strukturelle, d.h. um konjunkturelle Effekte bereinigte Budgetdefizit in den Jahren 2011 bis 2014 zurückführen sollen; das Konsolidierungsvolumen steigt von 10,8 Mrd. € (2001) auf 23,7 Mrd. € (2014). Hinzu kommen Minderausgaben bei den Zinsausgaben. Über den gesamten Zeitraum kumuliert belaufen sich die Haushaltsentlastungen damit auf knapp 76 Mrd. € (Tabelle 8).

Die im Rahmen des Zukunftspakets beschlossenen Sparmaßnahmen tragen wesentlich dazu bei, dass sich der Anstieg der Staatsausgaben 2011 auf 0,4% abflacht; bereinigt um den Erlös aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen in Höhe von 4,38 Mrd. € dürften sie lediglich um 0,1% steigen.¹⁷ So werden die arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben verringert, der befristete Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld (ALG) zum ALG II gestrichen, das Elterngeld gesenkt und

Zukunftspaket
dämpft Aus-
gabenanstieg

¹⁶ Der Schuldenstand ist in der Abgrenzung der Finanzstatistik nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 304 Mrd. € gestiegen. Ausschlaggebend hierfür war, dass abschreibungsgefährdete Finanzaktiva und Verbindlichkeiten des Staates direkt den Schuldenstand beeinflussen. Allein die Übertragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate sowie die Stützungsmaßnahmen für die WestLB erhöhten den Schuldenstand um 232 Mrd. €.

¹⁷ Diese Erlöse aus dem Verkauf nichtfinanzieller Vermögensgegenstände werden in den VGR ausgabenmindernd gebucht.

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 7

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

2000 bis 2012; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:			Finanzierungs- saldo	Zins- Steuer- Quote ²
	Insgesamt	Steuern	Sozial- beiträge	Insgesamt	Zins- ausgaben	Brutto- investitionen		
2000 ^a	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,4	22,3	18,2	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,1
2003	44,5	22,3	18,3	48,5	3,0	1,6	-4,0	13,3
2004	43,3	21,8	17,9	47,1	2,8	1,4	-3,8	13,0
2005	43,5	22,0	17,7	46,8	2,8	1,4	-3,3	12,7
2006	43,7	22,8	17,2	45,3	2,8	1,4	-1,6	12,4
2007	43,9	23,7	16,5	43,6	2,8	1,4	0,3	11,7
2008	43,8	23,7	16,4	43,7	2,7	1,5	0,1	11,3
2009	44,5	23,5	17,1	47,5	2,6	1,6	-3,0	11,0
2010 ^b	43,3	22,7	16,8	46,8	2,4	1,6	-3,5	10,5
2011 ^p	43,7	22,9	17,0	45,4	2,4	1,5	-1,8	10,3
2012 ^p	44,1	23,3	17,0	44,7	2,4	1,4	-0,6	10,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. -¹In der Abgrenzung der VGR. -²Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. -^aOhne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). -^bOhne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. €). -^pEigene Prognose.

vom Bund keine Rentenversicherungsbeiträge mehr für Empfänger von ALG II gezahlt.¹⁸ Zudem sollen Effizienzsteigerungen in der Verwaltung umgesetzt werden. Entlastend wirkt ferner, dass die Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit konjunkturbedingt sinken. Bei den Arbeitnehmerentgelten sind nur geringe Zuwächse zu erwarten, da die Länder aufgrund ihrer Konsolidierungserfordernisse bestrebt sind, die Tariflohnsteigerungen eng zu begrenzen. Darüber hinaus expandieren die Rentenausgaben etwas schwächer als im vergangenen Jahr, weil die Rentensteigerung zur Jahresmitte 2011 mit knapp 1% merklich geringer ausfallen wird als die Mitte 2009 (2,4% in Westdeutschland, 4,3% in Ostdeutschland). Höhere Ausgaben der Rentenversicherung resultieren indes aus der zum 1. Januar 2011 in

¹⁸ Letzteres reduziert das Beitragsaufkommen 2011 um 1,85 Mrd. €; gleichzeitig werden die Ausgaben für ALG II um diesen Betrag geringer ausgewiesen, da Sozialleistungen in den VGR brutto gebucht werden. Der Budgetsaldo des Staates wird hierdurch somit in diesem Jahr nicht verringert. Mittel- und langfristig wird der Staatshaushalt aber durch niedrigere Ratenzahlungen entlastet.

5. Öffentliche Finanzen

Kraft getretenen Beitragserhöhung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, die in der VGR brutto gebucht wird. Im Gesundheitswesen wird der Ausgabenanstieg durch kostendämpfende Maßnahmen begrenzt. Die öffentlichen Investitionen dürften in diesem Jahr nochmals durch das Zukunftsinvestitionsprogramm gestützt werden, da der Mittelabflusses bisher erheblich schwächer war als erwartet. Dennoch dürften die Investitionen sinken, da die Finanzlage der Gemeinden angespannt bleiben wird. Die Zinsausgaben werden trotz des gestiegenen Schuldenstands aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wohl nur moderat zunehmen, da auslaufende Kredite günstig refinanziert werden können.

Finanzlage der
Kommunen
dämpft öffentliche
Investitionen

Im Jahr 2012 werden die Staatsausgaben voraussichtlich um 1,6% expandieren. Bei den arbeitsmarktbedingten Ausgaben bewirkt die weiter rückläufige Arbeitslosigkeit zwar einen Rückgang der Ausgaben, doch fallen die Einsparerfolge durch diskretionäre Maßnahmen geringer aus als im laufenden Jahr. Auch dürften die Personalausgaben weniger moderat als zuvor zunehmen, da die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wohl nicht dauerhaft von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung abgekoppelt werden.

Das Steueraufkommen wird 2011 mit 3,7% voraussichtlich verstärkt steigen. Dies ist vor allem auf höhere Abgaben zurückzuführen. So wurden eine Brennelementesteuer und eine Luftverkehrsabgabe eingeführt, die Tabaksteuer erhöht sowie Vergünstigungen für das produzierende Gewerbe bei der Energie- und Stromsteuer abgebaut. Die Mindereinnahmen, die sich aus der Neuregelung des Steuerabzugs für das häusliche Arbeitszimmer¹⁹ und der Erhöhung der Werbungskostenpauschale für Einkünfte aus unselbständiger Arbeit ergeben, fallen hingegen kaum ins Gewicht. Per saldo wird das Steueraufkommen 2011 durch Steuerrechtsänderungen um 3,5 Mrd. € gesteigert²⁰ – mit steigender Tendenz in den Folgejahren. Aber auch die weiter anziehende Konjunktur beschert höhere Einnahmen. So steigt das Lohnsteueraufkommen stärker, da die Lohnsumme bei zunehmender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und steigenden Löhnen rascher expandiert. Die Steuern vom Umsatz profitieren von der anziehenden Inlandsnachfrage und der höheren Inflation. Auch bei den ertragsabhängigen Steuern ist mit Mehreinnahmen zu rechnen. Alles in allem dürfte das Steueraufkommen in diesem Jahr um knapp 14 Mrd. € höher ausfallen als vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ im November 2010 prognostiziert. Dies ist zum einen der günstiger als

Anziehende
Konjunktur
beschert höhere
Steuereinnahmen

¹⁹ Die 2007 vorgenommene Einschränkung der steuerlichen Berücksichtigung eines häuslichen Arbeitszimmers war nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 verfassungswidrig. Dieser Zustand soll rückwirkend auf den 1. Januar 2007 beseitigt werden.

²⁰ Diese Schätzung berücksichtigt nur die primären Wirkungen. Bezieht man die von höheren Steuern ausgelösten negativen gesamtwirtschaftlichen Effekte ein, muss mit geringeren Mehreinnahmen gerechnet werden.

Die Konjunktur im Inland

damals eingeschätzten Konjunktur zu verdanken, die Prognose wurde um 1,1%-Punkte gegenüber November 2010 angehoben, zum anderen Steuerrechtsänderungen, die damals noch nicht Gesetz waren.

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte 2011 mit 4% verstärkt zunehmen. Aufkommenssteigernd wirkt auch hier die stark expandierende Lohnsumme. Hinzu kommt, dass zu Jahresbeginn der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3% und der zur GKV von 14,9 auf 15,5% angehoben wurde²¹. Aufkommensmindernd wirkt, dass der Bund seit Jahresbeginn für die Empfänger von ALG II keine Beiträge mehr zur Rentenversicherung abführt und dass die von den Arbeitgebern zu entrichtende Insolvenzgeldumlage, die Anfang 2010 aufgrund der beträchtlichen Unterdeckung der Ausgaben von 0,1 auf 0,41% angehoben worden war, vorübergehend nicht erhoben wird. Zudem werden die meisten Krankenkassen aufgrund ihrer verbesserten Finanzlage in diesem Jahr keine Zusatzbeiträge erheben.

Die übrigen Staatseinnahmen dürften 2011 ebenfalls zunehmen. Höhere Vermögenseinkommen sind u.a. deshalb zu erwarten, weil im Rahmen des Zukunftspakets beschlossen wurde, dass der Bund jährlich 0,5 Mrd. € als Dividende von der Deutschen Bahn erhält. Die Einnahmen aus den Verkäufen werden zulegen, weil etliche Gemeinden aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage ihre Gebühren anheben werden. Zudem kann mit steigenden Einnahmen für die Garantieleistungen an Banken gerechnet werden. Alles in allem dürften die Staatseinnahmen im laufenden Jahr um 3,9% expandieren.

Im Jahr 2012 dürften die Einnahmen um 4,2% steigen. Das Steueraufkommen wird vom anhaltenden Aufschwung profitieren. Zudem soll die im Rahmen des Zukunftspakets beschlossene Finanzmarkttransaktionssteuer Mehreinnahmen von 2 Mrd. € erbringen. Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte mit 3,1% nicht mehr so stark zulegen wie im laufenden Jahr. Zwar dürften die Bruttolöhne und -gehälter verstärkt steigen, doch werden die Beitragssätze zur Sozialversicherung nicht weiter angehoben.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich im Prognosezeitraum also merklich entspannen. Das Budgetdefizit dürfte in diesem Jahr von 82 Mrd. auf 45 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 3,3 auf 1,8% sinken; damit wird die im Maastricht-Vertrag fixierte Defizitobergrenze wieder unterschritten. Im kommenden Jahr ist mit einem Rückgang auf 17 Mrd. € (0,6% des BIP) zu rechnen. Die Verschuldungsquote dürfte

²¹ Die Erhöhung der Beitragssätze führt zu Mehreinnahmen von reichlich 8 Mrd. €. Allerdings entfallen die aus Zusatzbeiträgen resultierenden Mehreinnahmen, mit denen im vergangenen Jahr die Einbußen beim Beitragsaufkommen zu einem großen Teil ausgeglichen wurden.

5. Öffentliche Finanzen

leicht sinken; sie wird auf absehbare Zeit erheblich über der im EU-Vertrag festgelegten Obergrenze von 60% liegen.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Der Aufschwung, der Anfang 2010 einsetzte, erweist sich als robust. Sollten keine unvorhersehbaren Störungen von außen kommen, dürfte die deutsche Wirtschaft auch in den Jahren 2011 und 2012 mit Raten wachsen, die zwar etwas schwächer werden, aber immer noch über dem Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre liegen. Dass Deutschland sich rascher als seine europäischen Nachbarländer, aber auch als die USA von der Rezession erholt, liegt zum anderen daran, dass es vor der Finanzkrise hierzulande keine allzu großen Verwerfungen gab. Zudem war der Staatshaushalt in einer vergleichsweise günstigen Situation, so dass die Neuverschuldung trotz der Rezession bei weitem nicht die Dimension erreicht, die in anderen Ländern große Konsolidierungsanstrengungen erfordert. Hinzu kommen die Reformen am Arbeitsmarkt, aber auch eine große Flexibilität in den Tarifverträgen, die dazu beitragen, dass sich die Arbeitslosigkeit hierzulande während der Rezession deutlich weniger erhöhte als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Neuverschuldung
des Staates in
Deutschland
geringer als
in übriger EU

Dass sich die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu den anderen EWU-Staaten in großen Schritten aus dem Rezessionstal bewegt, ist nicht nur der raschen Belebung des Welthandels zu danken, sondern auch der für Deutschland vergleichsweise expansiven Geldpolitik der EZB. Diese orientiert sich am Euro-Raum insgesamt, der durch die massiven Probleme des Finanzsektors und der öffentlichen Haushalte einer Reihe von Mitgliedsländern belastet wird. Dadurch ist dort die Kapazitätsauslastung immer noch gering, während Deutschland im Prognosezeitraum schon eine Vollauslastung erreichen dürfte. Deshalb wirkt eine Geldpolitik, die für den Euro-Raum insgesamt angemessen ist, in Deutschland derzeit expansiv. In der Vergangenheit war die Konstellation oft umgekehrt: Die EZB-Politik war gemessen an der hiesigen Kapazitätsauslastung und der hiesigen Inflation eher zu restriktiv und dämpfte dadurch für sich genommen die Expansion in Deutschland (GD 2010: 5).

Geldpolitik wirkt
hierzulande
stärker expansiv

Der Schub durch die Geldpolitik hat indes auch seinen Preis: Da die Liquiditätsversorgung im Euro-Raum derzeit sehr reichlich ist, besteht für ein Land mit deutlich steigender Kapazitätsauslastung die Gefahr eines Anspringens der Inflation. Die in den ersten Monaten dieses Jahres in Deutschland schon recht hohe Preissteigerungsrate von 2,0% ist zwar überwiegend auf steigende Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen. Für den Prognosezeitraum ist allerdings auch eine höhere Kerninflation zu erwarten. Das Problem für die EZB wird sein, eine Normalisierung ihrer

Die Konjunktur im Inland

Geldpolitik herbeizuführen, ohne die Probleme des Bankensektors wieder zu verschärfen.

Die Aufgabe würde ihr erleichtert, wenn es in der EU klare Regeln geben würde, wie sie künftig mit jenen Ländern umgeht, die aufgrund ihrer übermäßigen Defizite massive Probleme haben, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Damals hat sich die EU unter dem Druck der Ereignisse vom *no bail out*-Prinzip, einem konstituierenden Prinzip der Währungsunion, verabschiedet und einen Rettungsschirm für Staaten aufgespannt. Nun muss sie ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Wie ihr das gelingen kann, dafür gibt es mittlerweile eine Reihe von Vorschlägen. Diese unterscheiden sich zwar im Detail insbesondere hinsichtlich der Instrumente, stimmen aber in einigen zentralen Punkten überein: Die Verantwortung für die Finanzpolitik muss bei den Staaten verbleiben, und es müssen Anreize bestehen, dass sich alle Länder des Euro-Raums um solide Staatsfinanzen bemühen. Dabei muss es für den Fall, dass ein Land nicht mehr aus eigener Kraft seine Zahlungsfähigkeit herstellen kann, klare Regeln für ein Insolvenzverfahren geben und auch die Bereitschaft der Politik, es zu einem Schuldenschnitt kommen zu lassen. Dieser wird freilich nicht ohne Hilfen von den Partnerländern des Euro-Raums möglich sein, worauf unten noch eingegangen wird. Vermieden werden muss aber, dass die EU durch solche Hilfen zu einer Transferunion wird, die auf Dauer auch die leistungsfähigen Länder überfordern könnte.

Non-bail-out
Prinzip außer
Kraft gesetzt

In Deutschland wird sich nach unserer Einschätzung die Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum deutlich verbessern. Dies ist zum Teil den beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen zu verdanken, zum Teil der besseren Konjunktur, aber auch der zu erwartenden höheren Inflation, denn der Staat ist per saldo Inflationsgewinner. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen sind kein Grund, in den Konsolidierungsbemühungen nachzulassen, denn sie verbessern definitionsgemäß den strukturellen Budgetsaldo nicht, an dem sich die Schuldenbremse orientiert. Deshalb gibt es auch keinen Spielraum für groß angelegte Steuersenkungen. Allerdings kommt mit der Rückkehr höherer Inflationsraten wieder die Frage auf die Tagesordnung, wie „heimliche“ Steuererhöhungen vermieden werden können. Diese sollten nicht der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dienen oder andere Konsolidierungsmaßnahmen überflüssig machen, sondern sie sollten an die Steuerzahler zurückgegeben werden.

Heimliche
Steuererhö-
hungen sollten
vermieden
werden

Das kräftige BIP-Wachstum des vergangenen Jahres und die bessere Lage auf dem Arbeitsmarkt haben Stimmen laut werden lassen, die Arbeitnehmer müssten in Gestalt kräftiger Lohnsteigerungen am Aufschwung beteiligt werden. Eine solche Argumentation übersieht, dass die Rezession die Tariflohnentwicklung nur wenig gedrückt hat. Selbst im Rezessionsjahr 2009 stiegen die Tariflöhne auf Stundenbasis

6. Zur Wirtschaftspolitik

um 2,1% und 2010 um 1,6%. Insofern gibt es keinen Nachholbedarf, denn soweit die Effektivlöhne davon nach unten abgewichen sind, wird dies im Aufschwung automatisch korrigiert, wenn die Kurzarbeit zurückgeht und Zulagen wieder gezahlt werden. Daher sollte sich die Lohnpolitik auch im Aufschwung am trendmäßigen Produktivitätswachstum sowie an den Preissteigerungen orientieren, die die Unternehmen am Markt durchsetzen können. Die Inflation sollte nicht am Verbraucherpreisindex, sondern am BIP-Deflator gemessen werden. Wenn die Preise durch eine Verschlechterung der *terms of trade* steigen, wie dies derzeit der Fall ist, kann dies nicht als Argument für höhere Lohnabschlüsse dienen. Denn hinter solchen *terms of trade*-Verlusten steht eine internationale Umverteilung von Einkommen, durch die sich die Erlössituation der Unternehmen für sich genommen verschlechtert. Will man eine daraus resultierende höhere Inflation über die Löhne ausgleichen, so besteht die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale oder des Verlusts von Arbeitsplätzen.

Terms of trade-
Verluste verkleinern
Verteilungsspielraum

6.1. Finanzpolitik sollte Konsolidierung der Staatsfinanzen vorantreiben

Die Finanzlage des Staates wird sich in diesem und dem kommenden Jahr deutlich entspannen. Um das strukturelle Budgetdefizit schrittweise zurückzuführen und die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, lässt die Bundesregierung die konjunkturstützenden Maßnahmen auslaufen und ist mit dem Zukunftspaket auf einen mittelfristigen Konsolidierungskurs eingeschwenkt. Dessen Schwerpunkt liegt mittelfristig bei Ausgabenkürzungen, deren Volumen von 5,4 Mrd. € (2011) auf 16 Mrd. € (2014) steigt. Allerdings wurden auch Einnahmeverbesserungen beschlossen, (von 5,5 auf 7,7 Mrd. steigend). Das gesamte Konsolidierungsvolumen (einschließlich Zinsersparnisse) steigt von 11,4 Mrd. € (0,4% des BIP) im Jahr 2011 auf 25,7 Mrd. € (0,9%) 2014 (Tabelle 8).

Mit dem Zukunftspaket wurde ein großer Schritt zum Abbau des strukturellen Defizits getan. Es ist allerdings fraglich, ob das angestrebte Volumen tatsächlich erzielt wird. So erfordert die geplante Finanzmarkttransaktionssteuer eine gemeinsame Vorgehensweise in der EU, soll sie sich nicht nachteilig für Deutschland auswirken. Dieses zeichnet sich aber derzeit nicht ab. Zudem gibt es noch keine konkreten Pläne, wie die vorgesehene Effizienzsteigerung bei der Arbeitsvermittlung zu erzielen ist oder wie die Streitkräftereform umgesetzt werden soll. Auch werden die Energiesteuervergünstigungen weniger stark abgebaut als zunächst geplant; jedoch wird zur Kompensation der hieraus resultierenden Mindereinnahmen die Tabaksteuer stufenweise erhöht.

Gute Rahmenbedingungen für
Konsolidierungskurs des Staats

Für das Einschwenken auf den Konsolidierungskurs liegen inzwischen nahezu ideale makroökonomische Bedingungen vor. Die Wirtschaft expandiert derzeit beachtlich, die Beschäftigung nimmt deutlich zu, und die Arbeitslosigkeit dürfte

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 8

Geplante Auswirkungen des „Zukunftspakets“ auf den Staatshaushalt¹ 2011 bis 2014; Haushaltsent- (+) und -belastungen (-) in Mill. € gegenüber 2010

	2011	2012	2013	2014
Anhebung der Einnahmen	5485	7350	7690	7690
Einführung einer Luftverkehrsabgabe	1000	1000	1000	1000
Einführung einer Brennelementesteuer	2300	2300	2300	2300
Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer	-	2000	2000	2000
Rückführung von Energie- und Stromsteuervergünstigungen	1340	1160	1500	1500
Verpflichtung der Deutsche Bahn AG zur Auszahlung einer Dividende	500	500	500	500
Änderung der Insolvenzordnung	345	390	390	390
Kürzung der Ausgaben	5405	8525	12715	15975
Kürzung des Elterngelds	155	155	155	155
Anrechnung des Elterngeldes beim Bezug von ALG II	500	500	490	460
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG zum ALG II	210	210	210	200
Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld	140	260	260	260
Änderungen beim ALG II und bei Leistungen der BA	2000	4000	6500	8000
Einsparungen bei den „disponiblen“ Ausgaben	1500	2500	3100	3100
Kürzung der Verwaltungsausgaben	800	800	800	800
Streitkräftereform	-	-	1000	3000
Verschiebung des geplanten Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses auf 2014	100	100	200	-
Zinsersparnis durch Verringerung der Neuverschuldung	500	1000	1500	2000
Haushaltsentlastungen insgesamt	11390	16875	21905	25665
Nachrichtlich:				
Verringerung der Zahlungen des Bundes an die Rentenversicherung	2090	2060	2030	1190
Zusätzlicher Zuschuss an die GKV	-2000	-	-	-

Eigene Berechnungen nach Angaben des BMF (2010a, 2010b). - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

2012 merklich geringer sein als vor der Rezession. Zudem gewinnt die Erholung an Breite. Sie wird neben den Exporten nun auch von der Inlandsnachfrage getragen. Daher belasten die dämpfenden Wirkungen des Zukunftspakets, die wir für 2011 auf 0,4% des BIP schätzen (Döhrn et al. 2010b 72), die Konjunktur nicht allzu stark.

Auch wenn sich die Finanzlage des Staates rascher entspannt als bislang erwartet, liegt die Schuldenquote mit 84% nicht allzu weit weg von dem Niveau, das im

6. Zur Wirtschaftspolitik

Hinblick auf das langfristige Wirtschaftswachstum als kritisch eingestuft wird²² und das die budgetären Handlungsspielräume des Staates erheblich einengt. So müssen im kommenden Jahr mehr als 10% des Steueraufkommens für den Schuldendienst aufgebracht werden, und mittelfristig dürfte dieser Anteil steigen, weil die Kapitalmarktinzinsen nicht auf Dauer auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau bleiben werden. Ein Anstieg der Durchschnittsverzinsung um 1%-Punkt dürfte mittelfristig zu Mehrausgaben von knapp 18 Mrd. € pro Jahr (3% des Steueraufkommens) führen. Die Schuldenquote ist auf Dauer nicht tragbar, zumal im Zusammenhang mit den Garantieerklärungen zu Gunsten von EWU-Mitgliedstaaten ein Anstieg der Verschuldung droht. Um das Vertrauen in die öffentlichen Finanzen zu stärken, budgetäre Handlungsspielräume zu gewinnen und die Wachstumskräfte zu stärken, sollte die Konsolidierung weiter vorangetrieben und das strukturelle Defizit abgebaut werden. Das Zukunftspaket leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Aber selbst wenn es voll umgesetzt werden sollte, besteht noch ein weiterer, wenn auch geringerer Konsolidierungsbedarf.

10% des Steueraufkommens für Schuldendienst aufgewendet

Der Abbau des strukturellen Defizits kann grundsätzlich über ein höheres Wachstum, Einsparungen oder Abgabenerhöhungen angestrebt werden. Aus politökonomischer Sicht bietet es sich vor allem an, die Wachstumskräfte zu stärken. Das Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad entlastet durch höhere Beschäftigung, steigende Steuer- und Beitragseinnahmen sowie geringere Sozialausgaben die öffentlichen Haushalte. Die kurz- und mittelfristig erzielbaren Wachstumsimpulse reichen aber bei realistischer Betrachtung allein nicht zum Defizitabbau aus: Ein um 0,5%-Punkte höherer Wachstumspfad mindert das strukturelle Defizit lediglich um 0,25%-Punkte des BIP. Daher sind weitere Einsparungen und Abgabenerhöhungen notwendig. Mit Blick auf das Wachstum sind diese beiden Möglichkeiten aber nicht gleichwertig: Geringere Staatsausgaben fördern eher die Wachstumskräfte, während höhere Abgaben sie tendenziell schwächen. Die Aussichten für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung sind – wie empirische Studien belegen (Afonso, Alegre 2008; Blanchard, Perotti 2002; SVR 2002) – dann am größten, wenn insbesondere bei den konsumtiven Ausgaben angesetzt wird. Hingegen sollten die investiven Ausgaben von Kürzungen ausgenommen werden. Eine qualitative Konsolidierung ist mittel- und langfristig mit Wachstumsgewinnen verbunden. Dies bedeutet, dass die Bundesregierung – wie von uns zur Stärkung der Wachstumskräfte wiederholt angemahnt (Döhrn et al. 2010a: 78–80) – den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen ehrgeiziger vorantreiben sollte. Zudem ist eine Reform der Beamtenversorgung überfällig, um Privilegien abzubauen und die bisherigen

22 Die kritische Grenze wird nach Reinhart/Rogoff (2010) in fortgeschrittenen Volkswirtschaften erfahrungsgemäß bei einer Staatsschuldenquote von 90% erreicht. Auch Checherita/Rother (2010) belegen den negativen Zusammenhang zwischen hohen Staatsschuldenquoten und Wachstum.

Die Konjunktur im Inland

Rentenreformen auf die Pensionen zu übertragen. So sollte auch dort das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre verschoben und der Nachhaltigkeitsfaktor in die Altersversorgung eingeführt werden (Raffelhüschen 2010).

Wenig Spielraum
für Steuer-
senkungen

Für Steuerentlastungen, die ebenfalls auf der Agenda der Bundesregierung stehen, ist hingegen mit Blick auf die Schuldenbremse wenig Spielraum. Der im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP in Aussicht gestellte Umbau des Einkommensteuertarifs zu einem Stufentarif ist – legt man den von der FDP vorgelegten Vorschlag zugrunde – nach Berechnungen des RWI rein rechnerisch, d.h. ohne Berücksichtigung makroökonomischer Rückwirkungen, mit Mindereinnahmen von 16 Mrd. € verbunden (RWI 2010a). Andere Varianten eines Stufentarifs sind mit Mindereinnahmen von 17 bis 24 Mrd. € verbunden (RWI 2010b). Dies würde ohne solide Gegenfinanzierung die strukturelle Unterdeckung der Haushalte erhöhen und wäre daher mit der Schuldenregel nicht vereinbar, auch wenn mit Selbstfinanzierungseffekten gerechnet werden kann. Diese reichen aber bei Weitem nicht aus, um die Steuersenkungen vollständig zu finanzieren.²³ Insofern ist es zu begrüßen, dass die Steuersenkungen einstweilen zurückgestellt wurden.

Allerdings sind Steuerentlastungen in bestimmten Abständen geboten, um „heimliche“ Steuererhöhungen an die Steuerzahler zurückzugeben. Solange es beim derzeitigen Einkommensteuertarif bleibt, wachsen schon allein aufgrund des inflationsbedingten Einkommensanstiegs immer mehr Steuerzahler in Tarifzonen mit höheren Grenzsteuersätzen hinein; ihre Steuerbelastung nimmt damit zu, ohne dass dem eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zugrunde liegt. Die Stärke dieses Effekts hängt von der Höhe der Inflationsrate ab. Da diese nach unserer Einschätzung im Prognosezeitraum relativ hoch sein wird, nimmt der Handlungsbedarf zu.

„Heimliche“ Steuererhöhungen ließen sich grundsätzlich vermeiden, wenn in den Einkommensteuertarif eine Inflationsgleitklausel eingebaut würde, nach der Frei- und Abzugsbeträge Jahr für Jahr angepasst würden („Tarif auf Rädern“). Die damit verbundenen Mindereinnahmen dürften bei moderaten Inflationsraten verkraftbar sein. Eine umfassende Reform des Steuertarifs ist hingegen ohne Verletzung der Schuldenbremse nur dann möglich, wenn die budgetären Spielräume hierfür durch Einsparungen, insbesondere einen Abbau von Steuervergünstigungen eröffnet werden. Dies sollte mittelfristig angestrebt werden, denn der Einkommensteuertarif ist gerade bei Beziehern mittlerer Einkommen wachstums- und leistungsfeindlich, da die marginale Steuerbelastung bei diesen hoch ist, und das Einkommen, ab dem

²³ So belief sich die Selbstfinanzierung der im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets beschlossenen Entlastungen bei der Einkommensteuer über Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie Minderausgaben bei den Sozialausgaben nach Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell auf rund 40 % (Barabas et al. 2009: 131).

6. Zur Wirtschaftspolitik

der Spitzensteuersatz greift, inzwischen dicht beim Durchschnittseinkommen liegt (Döhrn et al. 2003: 141).

6.2. Inflation zwingt Geldpolitik zum Handeln

Die Geldpolitik bewegt sich nach wie vor in einem schwierigen Umfeld. So ist die Verschuldungskrise im Euro-Raum eine Belastung für den Bankensektor, was die Finanzmarktstabilität weiterhin gefährden könnte. Zusätzlich hat sich durch steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise die Teuerung in jüngster Zeit beschleunigt. Entsprechend muss bei einer Bewertung der durch die EZB ergriffenen Maßnahmen zwischen liquiditätspolitischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Finanzmarktstabilität und zinspolitischen Maßnahmen zur Steuerung der geldpolitischen Ausrichtung unterschieden werden.

Mit Blick auf die Marktliquidität hat sich die Situation am Interbankenmarkt in den vergangenen Monaten leicht entspannt. So ging das Volumen der Einlagefazilität in den jüngsten Monaten deutlich zurück; deren Nutzung deutet allerdings auf weiterhin vorhandene Dysfunktionen am Interbankenmarkt hin. Der Zins für unbesichertes Drei-Monatsgeld stieg leicht an – aktuell beträgt er etwa 1,2% – und notiert erstmals seit 2008 wieder oberhalb des Leitzinses der EZB. Allerdings zeigt sich auch, dass die Spannungen nicht komplett beseitigt sind. So wird die Einlagefazilität, anders als noch vor der Krise, weiterhin in Anspruch genommen. Auch der Aufschlag von unbesichertem auf besichertes Drei-Monatsgeld liegt mit etwa 30 Basispunkten immer noch deutlich oberhalb des Vorkrisenniveaus, 2006 betrug er lediglich 7 Basispunkte. Zwar deutet die Lage am Interbankenmarkt darauf hin, dass sich der Bankensektor allmählich von der Finanzkrise erholt. Allerdings drohen ihm durch die nach wie vor ungelöste Verschuldungskrise im Euro-Raum weitere Abschreibungen. Um einer hieraus resultierenden Störung des geldpolitischen Transmissionsprozesses entgegenzuwirken, hat die EZB in den vergangenen Monaten wiederholt Staatspapiere von Krisenländern der EWU im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte aufgekauft.

Den Leitzins beließ die EZB trotz der wieder anziehenden Preissteigerungsraten unverändert. Die geldpolitischen Impulse dürften in den verschiedenen Ländern des Euro-Raums jedoch zunehmend unterschiedlich wirken, da sich die konjunkturelle Heterogenität deutlich vergrößert hat. In einem Währungsraum kann die Zentralbank nur ein Zinsniveau für das Aggregat festlegen. Auf idiosynkratische Schocks kann sie nur insoweit reagieren, als diese das Aggregat beeinflussen. Aber auch die Effekte einer für ein Land unangemessenen Geldpolitik dürften im Euro-Raum stark

Situation am Interbankenmarkt leicht entspannt

Geldpolitik wirkt in den einzelnen Euro-Ländern unterschiedlich

Die Konjunktur im Inland

Tabelle 9

Wirkungen eines Zinsschocks auf das BIP in ausgewählten Ländern

Abweichungen von der Basislösung

	Jahr	Euro- Raum	Deutsch- land	Frank- reich	Spanien	Italien	Portugal
RWI-Mehrländermodell ¹	1	-0,2	-0,3	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1
	2	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,3	-0,6
OECD Interlink Modell ²	1	0,1	0,7	0,1			
	2	0,3	1,0	0,3			
Working Group of Economic Modelling (WGEM) ³	1		-0,3	-0,1	-0,1	-0,2	
	2		-0,3	-0,2	-0,4	-0,6	
BIS ⁴	1		-0,2	-0,2	-0,1	-0,3	
	2		-0,4	-0,4	0,0	-0,5	

Eigene Zusammenstellung. - ¹Permanente Zinserhöhung um 1%, eigene Berechnungen. - ²Permanente Zinssenkung um 1%, Dalsgaard et al. (2001). - ³2-jährigen Zinserhöhung um 1%, van Els et al. (2001). - ⁴2-jährigen Zinserhöhung um 1%, Berechnungen der BIS nach van Els et al. (2001).

variieren. Um die realwirtschaftlichen Effekte besser einschätzen zu können, haben wir mit dem RWI-Mehrländermodell untersucht, inwieweit Länder auf Zinsschocks reagieren (Tabelle 9). Dies lässt den Schluss zu, dass die Zinseffekte im Prognosezeitraum der maßgebliche Faktor für die konjunkturelle Entwicklung sein werden. Längerfristige Trends wie ein stärkeres Wachstum aufgrund von Aufholprozessen werden im Prognosezeitraum hiervon überlagert.

Neben der Geldpolitik kann auch die Finanzpolitik durch diskretionäre Eingriffe Einfluss auf die Konjunktur nehmen. Nach ihrer Aufnahme in die Währungsunion war die Finanzpolitik der Peripheriestaaten (Griechenland, Spanien, Portugal und Irland) unter Berücksichtigung ungelöster Strukturprobleme nicht nachhaltig. Durch die Mitgliedschaft im Euro-Raum hellten sich deren Wachstumsperspektiven auf, weshalb die Finanzmärkte den Ländern bereitwillig Kredite gewährten. Dadurch sanken die Risikoaufschläge und damit das Zinsniveau deutlich. Die so entstandene „Euro-Rente“ wurde allerdings zumeist konsumtiv-verwendet, statt durch Investitionen das Wachstum zu stärken. Im Zuge der Finanzkrise wurde offenbar, dass sich die Wachstumserwartungen nicht erfüllt hatten, wodurch auch die Bedienung der Schulden in Frage gestellt wurde. Als Konsequenz stiegen die Zinsaufschläge für Anleihen dieser Länder deutlich an, einige konnten sich gar nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren. Dies zeigt das Dilemma, in dem sich auch die Finanzpolitik befindet. Länder, die aufgrund der konjunkturellen Situation die expansivste Finanzpolitik betreiben sollten, sehen sich, entweder durch die Finanzmärkte oder den Euro-Rettungsschirm, zu einer Haushaltskonsolidierung gezwungen. Dies dürfte die konjunkturelle Heterogenität weiter verschärfen.

Peripherieländer
verwendeten
„Euro-Rente“
konsumtiv

6. Zur Wirtschaftspolitik

Die Schuldenkrise dürfte die konjunkturellen Unterschiede zudem über einen weiteren Kanal beeinflussen, nämlich über den Finanzsektor. Banken sind durch die Abwicklung geldpolitischer Operationen mit der Zentralbank gezwungen, Staatsanleihen zu halten. Sie machen zusammen mit den Anleihen anderer Gebietskörperschaften 40% der für geldpolitische Zwecke zugelassenen Papiere aus und bilden so die größte Gruppe (EZB 2009). Aber auch für den besicherten Geldmarkt sind sie von entscheidender Bedeutung. Die Gefahr der Schuldenkrise besteht darin, dass bei einem Ausfall erneute Belastungen der Bankbilanzen entstehen, die wiederum negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken könnten.

Europäische
Schuldenkrise
erhöht Risiken
für den
Finanzsektor

Ein zusätzliches Risiko ergibt sich daraus, dass die potenziell von Ausfällen betroffenen Staatsanleihen nicht gleichmäßig über den Euro-Raum verteilt sind. So halten griechische, aber auch spanische Banken überproportional viele Staatsanleihen aus den Peripherieländern (Blundell-Wignall, Slovik 2010). Ein Ausfall dieser Länder als Schuldner hätte also für die Bilanzen der Banken in den Peripherieländern die größten Folgen, was die konjunkturelle Heterogenität weiter ausweiten würde. Die Staatsschuldenkrise birgt aber auch das Risiko einer erneuten Bankenpanik. Hierfür ist nicht das aggregierte Risiko des Bankensektors entscheidend (Buiter/Rahbari 2010), vielmehr sind es Ausreißer, die das gesamte System schon bei vergleichsweise kleinen Schocks zum Wanken bringen können. Dabei stellen insbesondere Institute aus Spanien und Griechenland solche Ausreißer dar. Wie angespannt die Lage mancher Banken ist, dokumentiert sich im sog. *persisting bidders problem*. Damit wird das Phänomen bezeichnet, dass sich einige Banken nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren können und deshalb auf die EZB angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund verstehen wir das EZB-Programm für die Wertpapiermärkte als einen Versuch, verschiedene Wertpapiere für geldpolitische Zwecke nicht unbrauchbar zu machen. Dass die Märkte dennoch keine dauerhafte Subventionierung der Defizitländer durch die EZB erwarten, zeigen die immer noch deutlichen Zinsunterschiede zwischen den Anleihen verschiedener Länder (Niepelt 2011). Allerdings kann das Programm auch als Subvention der die Papiere haltenden Banken verstanden werden, was ebenfalls problematisch ist.

Einige Banken
können sich
noch nicht
am Kapitalmarkt
refinanzieren

Zuletzt zog die Inflation im Euro-Raum deutlich an. Dies dürfte bisher in erster Linie auf die deutliche Verteuerung von Rohstoffen, zuletzt insbesondere von Rohöl, zurückzuführen zu sein. Die Kerninflation, gemessen ohne Nahrungsmittel- und Energiepreise, schwankt seit über einem Jahr um 1%. Daneben dürfte die Anhebung der Verbrauchssteuern, die in einer Reihe von Ländern zur Haushaltskonsolidierung vorgenommen wurde, inflationär gewirkt haben. Dies alles sind Ursachen, die eine Zentralbank prinzipiell nicht in die Bewertung der inländischen Preisstabilität mit einbeziehen muss.

Die Konjunktur im Inland

Erste Zinserhöhung schon bald zu erwarten

Dennoch lassen die letzten Äußerungen der EZB die Sorge um ein Überschwappen des massiven Anstiegs der Erzeugerpreise auf die allgemeine Inflation erkennen. Sollte sich der Anstieg der Rohstoffpreise in dem zuletzt beobachteten Tempo fortsetzen, dürfte sich dies über Zweitrundeneffekte in einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus niederschlagen. Zudem ist fraglich, ob der Anstieg der Rohstoffpreise tatsächlich temporär ist (Kasten 1 im Auslandsteil). Um ein Zeichen zu setzen, könnte sich die EZB zu einem Zinsschritt noch in der ersten Jahreshälfte 2011 entschließen. Mit einem endgültigen Einstieg in den Zinserhöhungszyklus rechnen wir aber erst ab dem Jahresende 2011. Zum Ende des Prognosezeitraums erwarten wir einen Leitzins von 2,5%

6.3. Zur europäischen Schuldenkrise

Im Frühjahr 2010 waren zunächst ein Hilfsfonds für Griechenland und anschließend der Europäische Finanzmarktstabilisierungsmechanismus (EFSM) sowie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) geschaffen worden, um jene Länder, die Schwierigkeiten hatten, ihre Staatsschulden zu refinanzieren, vor einer Insolvenz zu retten. Diese Situation war entstanden, weil die öffentlichen Haushalte einiger Länder von den Märkten als nicht mehr tragfähig angesehen wurden. In der Folge stiegen die Zinsaufschläge auf Staatsanleihen dieser Länder gegenüber denen auf deutsche Anleihen drastisch.

Staatsschuldenkrise hat nationale Ursachen

Im EU-Vertrag waren und sind solche Stützungsmaßnahmen nicht vorgesehen, man musste vielmehr den „Notfallartikel“ 122 AEUV Absatz 2 heranziehen²⁴ und damit die Probleme bei der Finanzierung der Staatsschulden Entwicklungen anlassen, die außerhalb der Kontrolle der betroffenen Staaten liegen. So wurde das Bild vermittelt, es gebe eine – so der EU-Rat – weitgehend grundlose internationale Spekulation gegen den Euro, der es zu begegnen gelte. Tatsächlich lag die Ursache aber in einer – zum Teil mit Duldung durch die EU – unsoliden Finanzpolitik einzelner Länder bzw. in einer einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf wenige Sektoren, die auf Dauer nicht tragfähig war. Dies alles sind Faktoren, die durch die Länder durchaus hätten beeinflusst werden können. Dass Griechenland, Irland wie auch Portugal überwiegend bei ausländischen Banken verschuldet sind (Darvas 2011), erhöhte den Druck, rasch zu helfen. Ansonsten hätte man im Falle eines Staatsbankrotts eine erneute Bankenkrise befürchten müssen, die das gesamte europäische Bankensystem in den Abgrund hätte stürzen können. Ein Rettungspa-

²⁴ Artikel 122 AEUV Absatz 2 lautet: „Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission beschließen, dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanziellen Beistand der Union zu gewähren. ...“

6. Zur Wirtschaftspolitik

ket für den Euro ließ sich politisch besser verkaufen als neuerliche Maßnahmen zur Bankenrettung.

Die EU entschied sich im April 2010 gegen einen Staatsbankrott Griechenlands, mit anschließenden Verhandlungen über eine Schuldenregelung, und für Hilfen. Als dies nicht die erhoffte Beruhigung brachte, musste ein Rettungsschirm für alle in Not geratenen Euro-Länder aufgespannt werden, den Irland im Oktober 2010 als erstes Land nutzte. Damit wurden konstituierende Prinzipien der Währungsunion beschädigt, die in den Europäischen Verträgen vereinbart, wenn sie auch bei weitem nicht von allen Ländern geteilt wurden (Kösters 2010): die Prinzipien der Subsidiarität und der Verantwortlichkeit der einzelnen EU-Länder sowie die *no bail out*-Klausel (Weber 2011). Die entscheidende Frage ist nun, ob es gelingt, zu diesen Prinzipien zurückzukehren, oder ob die EU die gesamtschuldnerische Haftung für Verfehlungen einzelner Länder übernimmt und sie sich damit zu einer Transferunion entwickelt.

Bei Gewährung der Hilfen an Griechenland und später an Irland versuchte man durchaus, dem Prinzip der Verantwortlichkeit Geltung zu verschaffen. Sie waren mit Auflagen in Gestalt recht ehrgeiziger Konsolidierungsprogramme verbunden, die Griechenland auch umsetzte, Irland aber nach den Neuwahlen wohl wieder verhandeln will. Die Frage ist allerdings, ob die Konsolidierungsprogramme angesichts der aufgelaufenen Probleme überhaupt den gewünschten Erfolg bringen, d.h. die Verschuldung auf eine tragfähige Basis zurückführen können. Unter realistischen Annahmen hinsichtlich des Wachstums bzw. künftiger Haushaltssalden dürfte Griechenland bis zum Jahr 2030 das Maastricht-Kriterium einer Schuldenstandsquote von 60% nicht erfüllen und Irland nur unter optimistischen Wachstumsannahmen (Kasten 5).

Nur ehrgeizige Konsolidierungsprogramme machen Staatsverschuldung tragfähig

Nun verlangt der EU-Vertrag nicht, dass die Schuldenstandsquote unter 60% liegt, sondern sie soll sich in diese Richtung bewegen. Jedoch ist dies bei den berechneten Anpassungspfaden anfangs kaum zu erkennen. Aber selbst die auf den ersten Blick nicht übermäßig ehrgeizigen Konsolidierungspfade sind nur schwer zu erreichen. Bereinigt man die Defizite nämlich um die Zinszahlungen, die die Länder unter der Annahme, dass es nicht zu einem Staatsbankrott kommt, kaum beeinflussen können, dann muss dieser sog. primäre Überschuss eine beträchtliche Höhe erreichen, und dies über sehr lange Zeiträume. Der Primärsaldo zeigt besser als der Haushaltssaldo insgesamt, welche Konsolidierungsanstrengungen politisch umgesetzt werden müssen, und es stellt sich die Frage, ob diese überhaupt durchzusetzen sind. Der griechische Staatshaushalt weist z.B. nach Berechnungen der EU-Kommission trotz beträchtlicher Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in

Die Konjunktur im Inland

Kasten 5

Staatsverschuldung im Euro-Raum

Als Folge der Rezession und der umfangreichen Stützungsmaßnahmen erhöhte sich die Staatsverschuldung in den meisten Mitgliedstaaten des Euro-Raums drastisch. Ende 2010 lag die Schuldenquote im Durchschnitt bei fast 85%, wobei Griechenland und Italien mit 136,5% bzw. 118,6% die höchsten Werte verzeichneten. Aber auch in den Staaten, in denen die Verschuldung vor der Rezession gering war, wie Irland und Spanien, die aber von der Banken- und Immobilienkrise besonders hart betroffen waren, sind die Staatsschulden erheblich gestiegen. In Italien und Belgien hingegen kann die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht als Ursache der prekären Haushaltsituationen herhalten: In Italien lag die Schuldenquote bereits zu Beginn dieses Jahrtausends über 100%, während in Belgien die Quote 2009 und 2010 trotz der Krise sogar geringer war als 2003 (98,5%). Alles in allem hielten Ende 2010 lediglich Estland, Finnland, Luxemburg, die Slowakei und Slowenien das Schuldenstandkriterium des Maastricht-Vertrags von maximal 60% des BIP ein.

Der sprunghafte Anstieg der Staatsverschuldung engt aufgrund der zunehmenden Zinsverpflichtungen die budgetären Handlungsspielräume für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik erheblich ein. Zudem liegen die Schuldenquoten in einigen Mitgliedstaaten der EWU inzwischen nahe bei dem Niveau, in manchen schon darüber, das von Reinhart/Rogoff (2010) für das Wirtschaftswachstum als kritisch eingestuft wird.

Um die Verschuldungskriterien des Maastricht-Vertrags mittel- und langfristig einzuhalten, sind die meisten Staaten des Euro-Raums gefordert, einen strikten Konsolidierungskurs zu fahren. Wie groß die Anstrengungen in den einzelnen Ländern sein müssen, lässt sich daran veranschaulichen, wie sich die Staatsschuldenquoten mittel- und langfristig entwickeln, wenn man unterschiedliche Szenarien bezüglich der Wachstumsperspektiven und der Konsolidierungspfade zugrundelegt.

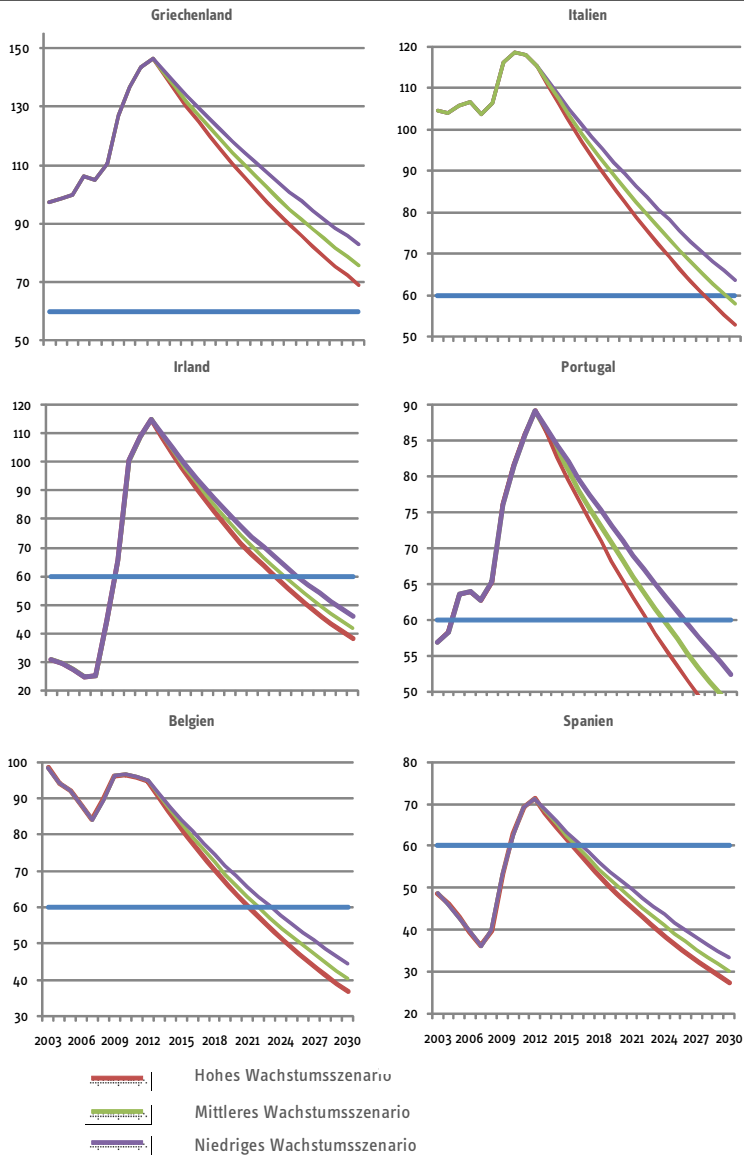
Dazu wurden zunächst die Defizite der einzelnen Mitgliedstaaten prognostiziert; sie basieren auf den EU-Prognosen zum nominalen BIP und den von der EU-Kommission geschätzten Elastizitäten. Diese Defizite wurden dann zur Fortschreibung der Schuldenstände bis 2012 herangezogen. Ab 2013 wurden die Schuldenstände bei unterschiedlichen Annahmen zum nominalen BIP-Wachstum abgeleitet; zudem wurden annähernd ausgeglichene Haushalte zugrunde gelegt. Als mittleres Szenario wurden die durchschnittlichen Wachstumsraten des nominalen BIP aus der jüngsten Mittelfristprognose des IWF verwendet. Für Griechenland, Italien und Spanien betragen die Raten jeweils 3,3%, für Portugal 2,8% und für Belgien und Irland 4% bzw. 5%. Als oberes bzw. unteres Szenario wurde die mittlere Wachstumsrate um 0,5 %-Punkte erhöht bzw. reduziert. Das Schaubild zeigt die daraus resultierenden Schuldenstandsquoten für ausgewählte Länder des Euro-Raums.

Die Ergebnisse zeigen, dass im mittleren Szenario – also bei den Wachstumserwartungen des IWF – eine zügige Rückführung der Schuldenquote unter 60% im

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schuldenstandsquoten in ausgewählten Ländern des Euro-Raums bei alternativen Wachstumsszenarien

2003 bis 2030; in % des BIP



Eigene Berechnungen.

Die Konjunktur im Inland

laufenden Jahrzehnt in keinem der dargestellten Länder möglich sein wird, selbst wenn es ihnen gelingt, über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichene Staatshaushalte zu realisieren. Bei günstigen Rahmenbedingungen dürfte von den untersuchten Staaten lediglich Spanien das Schuldenstandskriterium bis 2020 erfüllen. Dies ist vor allem der Tatsache zu verdanken, dass die Staatschuldenquote in Spanien vor der Krise deutlich unter 60% lag und auch während der Krise nicht so stark stieg wie in Griechenland oder Irland. In Irland nahm der Schuldenstand aufgrund der Bankenkrise derart stark zu, dass es selbst unter dem günstigen Szenario bis 2024 dauern dürfte, bis das Land das Maastricht-Kriterium wieder erfüllt. In Griechenland ist die Situation ungleich schwieriger: Der Schuldenstand wird bis 2012 auf fast 150% in Relation zum BIP steigen und wohl selbst im günstigen Szenario erst 2034 das Schuldenstandskriterium einhalten. In Italien und Belgien wird dies voraussichtlich bis 2028 bzw. 2022 dauern.

diesem Jahr ein strukturelles Primärdefizit auf (EC 2010: 203). Das Land muss noch erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, um den zur Verbesserung der Tragfähigkeit der Schulden erforderlichen Überschuss zu erzielen.²⁵

Es sind also erhebliche Zweifel angebracht, ob einige Länder unter realistischen Annahmen zu tragfähigen Haushalten gelangen können. Dies gilt umso mehr, als ehrgeizige Sparmaßnahmen zunächst restriktiv wirken und die Zuwachsraten des BIP dämpfen werden, was die „Tragfähigkeitslücke“ für sich genommen vergrößert. Dadurch können die Risikoaufschläge bei der Verzinsung der Staatspapiere weiter zunehmen, was die Zinszahlungen vergrößert und damit auch den zur Konsolidierung erforderlichen Primärüberschuss. Folglich werden die Länder auf lange Zeit auf Hilfen durch die EU angewiesen bleiben, sei es, indem Staatspapiere weiter garantiert werden, um die Zinsen niedrig zu halten, sei es, indem die EZB die Staatspapiere dieser Länder aufkauft.

Nun liegen Vorschläge für eine Nachfolgeregelung der jeweils bis 2013 befristeten Stabilisierungsmaßnahmen EFSF und EFSM vor (einen Überblick gibt Deutsche Bundesbank 2011: 68–69). Z.B. soll der EU-Vertrag so verändert werden, dass ein Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM grundsätzlich mit ihm vereinbar ist. Er soll nur in Gang gesetzt werden, wenn andere Maßnahmen nicht greifen, nur unter strengen Auflagen und nur mit Zustimmung aller Länder des Euro-Raums. Dem Ingangsetzen des Mechanismus soll eine Tragfähigkeitsanalyse vorgeschaltet wer-

²⁵ Darvas et al. (2011) berechnen, dass Griechenland einen permanenten Primärüberschuss in Höhe von 8,4 bis 14% des BIP erwirtschaften muss, um ausgehend vom Schuldenstand des Jahres 2014 im Jahr 2034 auf eine Schuldenstandquote von 60% zu gelangen. Selbst wenn die EU Maßnahmen zur Reduzierung der Schulden ergreift, halten die Autoren es für wenig wahrscheinlich, dass Griechenland bis 2034 seinen Schuldenstand hinreichend reduziert.

6. Zur Wirtschaftspolitik

den. Kommt diese zu dem Schluss, dass ein Land insolvent ist, muss es nach den Regeln des IWF mit seinen Gläubigern einen Restrukturierungsplan aushandeln. Um die Beteiligung privater Gläubiger zu erleichtern, werden alle ab 2013 emittierten Staatspapiere mit *Collective Action Clauses* versehen, die es einer qualifizierten Gläubigermehrheit ermöglichen, die Zahlungsbedingungen, z.B. die Restlaufzeit oder den Zinssatz zu modifizieren.

Klare Regeln für eine Restrukturierung der Staatsschulden erforderlich

In dem EU-Vorschlag für den ESM wurden zahlreiche Vorschläge aus dem Bereich der Wissenschaft aufgegriffen wurden. So machen sich Sinn/Carstensen (2010) u.a. für die *Collective Action Clauses* stark. Auch wird die Möglichkeit einer Staatsinsolvenz gefordert (Haufler et al. 2011). Ob diese Pläne umgesetzt oder – wie schon öfter geschehen – verwässert werden, bleibt abzuwarten.

Freilich werden auch Kosten auf die EWU-Länder zukommen, wenn der ESM verwirklicht wird. So darf eine Staatsinsolvenz nicht unkalkulierbar werden, weil sich ansonsten kaum Kreditgeber finden lassen. Also müssen *haircuts* in der Höhe beschränkt werden. Auch sind im Ernstfall Hilfen an Banken erforderlich, deren Eigenkapitalquote durch eine Staatsinsolvenz und den damit verbundenen *haircut* sinkt. Die Alternative, eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden, ist aber auf Dauer mit noch größeren Kosten verbunden. Garantien für die Schulden der Problemländer bedeuten nämlich nichts anderes, als dass die „gesunden“ Länder eine implizite Verschuldung eingehen, die auch deren Bonität verringert und die auf Staatspapiere zu zahlenden Zinsen erhöht, und zwar umso mehr, je geringer die Tragfähigkeit der Schulden der Problemländer eingeschätzt wird. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Anreize für die einzelnen Länder verringert werden, eine solide Finanzpolitik zu betreiben, weil im Zweifelsfall die Gemeinschaft der EWU-Länder haftet.

In diesem Zusammenhang wiegt es schwer, dass die EU durch den Bruch der Verträge ihre Glaubwürdigkeit beschädigt, wenn nicht gar verloren hat. Da das Ingangsetzen des ESM eine Einzelfallentscheidung ist, ist sehr zu bezweifeln, dass die angekündigte strikte Konditionalität eingehalten werden wird. Viel eher muss erwartet werden, dass die Konditionen gelockert, die Rettungsschirme erweitert und damit die Anreize zur Konsolidierung verringert werden. Und eine glaubwürdige Haushaltskontrolle ist damit ebenfalls schwieriger geworden.

Beschädigte Glaubwürdigkeit der EU weckt Zweifel an Einhaltung der neuen Regeln

Literatur

Afonso, A. and J.G. Alegre (2008): Economic Growth and Budgetary Components. A Panel Assessment for the EU, in: ECB Working Paper 848. Frankfurt.

Die Konjunktur im Inland

Baas, T. und H. Brückner (2010), *Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Bach, H.U. und Spitznagel, E. (2009), Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon. IAB-Kurzbericht 17/2009. Nürnberg.

Barabas, G., R. Döhrn, H. Gebhardt und T. Schmidt (2009), Was bringt das Konjunkturpaket II? *Wirtschaftsdienst* 89 (2): 128–132.

Blanchard, O. und R. Perotti (2002), An Empirical Characterization of the Dynamic Effects of Changes in Governmental Spending and Taxes on Output, in: *Quarterly Journal of Economics* 117 (4): 1329–1368.

Bundell-Wignall, A. and P. Slovik. (2011) A Market Perspective on the European Sovereign Debt and Banking Crisis, *Financial Market Trends*. OECD, Paris.

Checherita, C. and P. Rother (2010), The impact of high and growing government debt on economic growth: an empirical investigation for the euro area. ECB Working Paper 1237, Frankfurt a.M.

Czarnitzki, D. and A. Wastyn (2010), Competing internationally: on the importance of R&D for export activity, ZEW Discussion Paper 10-071. Mannheim.

Dalsgaard, T., C. André, C. and P. Richardson. (2001) Standard Shocks in the OECD Interlink Model, OECD Economics Department Working Papers. 306. OECD. Paris.

Darvas, Z., J. Pisani-Ferry, and A. Sapir (2011), A comprehensive Solution for the Euro Crisis. Bruegel Policy Brief 2011/2, Brüssel.

Delgado, M.A. and J.C. Farinas (2002), Firm productivity and export markets: a non-parametric approach, *Journal of International Economics*, 57(2), 397–422.

Deutsche Bundesbank (2011), Auf dem Weg zu einem europäischen Stabilitätsmechanismus. *Monatsbericht* 63 (2): 68–69.

Döhrn, R. et al. (2003), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunkturelle Belebung. *RWI-Konjunkturberichte* 54 (2): 129–207.

Döhrn, R. et al. (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 58 (1) 27–76

Döhrn, R. et al. (2009), Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen deutscher Unternehmen. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 10–2009. Berlin.

Döhrn, R. et al. (2010a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (1): 35–94.

Döhrn, R. et al. (2010b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung verliert an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (2): 37–82.

Döhrn, R. and S. Vosen (2010), Germany's Labour Market in the Current Recession: Why This Time is Different, EUREN Studies 3: 15–25. www.euren-network.eu.

EC – European Commission (2010), European Economic Forecast Autumn 2010. *European Economy* 7/2010. Brüssel.

6. Zur Wirtschaftspolitik

- EZB – Europäische Zentralbank (2009), Jahresbericht 2009, Frankfurt a.M.
- EZB – Europäische Zentralbank (2011), Bank Lending Survey des Eurosystems. Ergebnisse für Deutschland. Frankfurt a.M.
- GD – Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2010), Erholung setzt sich fort – Risiken bleiben groß. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010.
- Gebhardt, H. und R. Kambeck (2009), Anstieg der Staatsverschuldung stellt Finanzpolitik vor große Herausforderungen. *Wirtschaftsdienst* 89 (7): 466–472.
- Gebhardt, H., R. Kambeck und C. M. Schmidt (2009), Keine Steuererhöhungen! – Ein Plädoyer für den Abbau von Staatsschulden durch Wachstum und Einsparungen. Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 121. Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn.
- Hall, B.H. and J. Mairesse (1995), Exploring the relationship between R&D and productivity in French manufacturing firms. *Journal of Econometrics*, 65(1), 263–293.
- Hauffer, A., B. Lucke, M. Merz. und W.F. Richter (2011), Plenum der Ökonomen: Stellungnahme zur europäischen Schuldenkrise. www.oekonomenstimme.org. Download vom 5.3.2011.
- Heilemann, U. and H.J. Münch (1999), Classification of West German Business Cycles 1955-1994. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219: 632–656.
- Heilemann, U., H.J. Münch und R. Schuhr (2010), A „Perfect Storm“? The present crisis and German crisis patterns, Paper presented to the 30th CIRET Conference, October 13 to 16, 2010, New York, and to the DIW Berlin End of Year Summit, December 16 to 17, 2010, Berlin.
- IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2010), Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an. IAB-Kurzbericht 18/2010. Nürnberg.
- Kajuth, F. (2010), NAIRU estimates for Germany: New evidence on the inflation-unemployment trade-off, Deutsche Bundesbank Discussion Paper Series 1 19. Frankfurt a.M.
- Kösters, W. (2010), Challenges Facing the European Monetary Union – Rules and Assignment or Discretion and Coordination. *Intereconomics* 45 (2): 86–89.
- Lachenmaier, S. and L. Wößmann (2006), Does innovation cause exports? Evidence from exogenous innovation impulses and obstacles using German micro data, *Oxford Economic Papers* 58(2), 317–350.
- Legler, H. und R. Frietsch (2006), Neuabgrenzung der Wissenswirtschaft – forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen (NIW/ISI-Listen 2006). Studien zum deutschen Innovationssystem 22-2007, NIW – Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Frauenhofer ISI, Hannover, Karlsruhe.
- Niepelt, D. (2011), Die Zukunft des Euro. www.oekonomenstimme.org. Download vom 5.3.2011.

Die Konjunktur im Inland

Ortega-Argilés, R. et al. (2008), The Productivity Impact of R&D Investment: Evidence from European Microdata. Jena Economic Research Papers 2008-050. Jena.

Raffelhüschen, B. (2010), Ehrbarer Staat? Staatsverschuldung wirksam begrenzen. www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/_temp_/Raffelhueschen_Folien_Staatsverschuldung_01_12_2010.pdf. Download vom 5.3.2011.

Reinhart, C. M. and K. S. Rogoff (2010), Growth in a time of debt. NBER Working Paper 15639. Washington D.C.

RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2010), Evaluation des Vorschlags der FDP vom 13. April 2010 für einen Stufentarif der Einkommensteuer. RWI-Projektberichte. Essen.

RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2010b), Varianten für einen Einkommensteuertarif 2011. RWI Projektberichte. Essen.

Sinn, H.W. und K. Carstensen (2010), Ein Krisenmechanismus für die Eurozone. ifo schnelldienst, Sonderausgabe. München.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Jahresgutachten 2002/03. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Van Els, P. et al. (2001) Monetary Policy Transmission in the Euro Area: What Do Aggregate and National Structural Models Tell Us? ECB Working Paper Series 94. Frankfurt a.M.

Weber, A. (2011), Europe's reforms may come at a high price. *Financial Times*, Ausgaben vom 22. Februar 2011.